

Wöchentlich 25 Pf., monatlich 3.60 M., im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Die einseitige Konspiration des 30. Jannar, ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Dtsch.-Ges., Depofitenk., Jerusalemstr. 65-66.

Hilferding kritisiert Dietrich.

Die wahre Lage der Reichsfinanzen.

Im weiteren Verlauf der allgemeinen Aussprache über die Finanzpolitik des Reichs in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom Donnerstag nahm für die Sozialdemokratie

Genosse Dr. Hilferding

das Wort. Er erhob zunächst schwere haushaltsrechtliche Bedenken dagegen, daß die Reichsregierung zwei der Reichsbahn-gesellschaft gegebene Darlehen von 80 und 25 Millionen Mark niedergeschlagen habe, ohne vom Parlament die Ermächtigung dazu erhalten zu haben.

Was den Etat selbst betreffe, so sei die Verschlebung der öffentlichen Finanzen mit der Wirtschaft unendlich enger als früher. Die Finanzgebarung der öffentlichen Körperschaften sei für die Wirtschaft geradezu schicksalsbestimmend. Die Verhältnisse in anderen Ländern lägen ganz ähnlich. Die ungeheure Weltwirtschaftskrise werte sich auch dort sehr ungünstig für die öffentlichen Finanzen aus.

Für die Sanierung der Reichsfinanzen sind bisher schon erhebliche Anstrengungen gemacht worden. So haben u. a. diesem Zwecke gedient: die Young-Einstufung mit 700 Mill., die Tabaksteuererhöhung vom Dezember 1929 mit 200 Mill., die von Moldenhauer im April vorigen Jahres eingeführten Steuern mit 500 Mill., die neuen Gemeindesteuern auf Grund der beiden Roterordnungen mit 450 Mill., die Gehaltskürzungen von 6 Proz. mit 480 Mill., die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 3 auf 6 1/2 Proz. mit etwa 300 Mill. Insgesamt sind also über 2600 Mill. neue Einnahmen beschafft oder Ausgaben eingespart worden.

Trotzdem bleibt im Reichshaushaltsplan 1930 ein Fehlbetrag von etwa 1 Milliarde, und er sei der Auffassung, daß im kommenden Rechnungsjahr noch ein zusätzlicher Fehlbetrag in Reich, Ländern und Gemeinden von 1/2 Milliarden entstehen werde.

plan 1930 ein Fehlbetrag von etwa 1 Milliarde, und der sei der Auffassung, daß im kommenden Rechnungsjahr noch ein zusätzlicher Fehlbetrag in Reich, Ländern und Gemeinden von 1/2 Milliarden entstehen werde.

Für 1930 habe der Reichsfinanzminister zunächst mit einem Gesamtfehlbetrag von 900 Mill. gerechnet. Er habe jetzt zugegeben, daß das Defizit wahrscheinlich 1 Milliarde erreichen werde. Für 1931 ist im Haushaltsplan zunächst nur ein reiner Steuerausfall von 877 Mill. angenommen worden. Herr Dietrich hat aber bereits erklärt, daß ein weiterer Ausfall in Höhe von 200 bis 300 Mill. möglich sei. Die ungünstigere Annahme des Ministers habe die größere Wahrscheinlichkeit für sich, so daß man im nächsten Rechnungsjahr mit einem gesamten Einnahmeausfall von rund 1200 Millionen rechnen müsse. Dieses Defizit verteilt sich auf Reich, Länder, Gemeinden und die Knappschaff.

Zu dem Ausfall der Reichsteuern kommen aber noch die Rindererträge, die bei den eigenen Steuern der Länder und Gemeinden infolge der Wirtschaftskrise ent-

stehen. Während die Reichsteuererträge sich um 12 bis 13 Proz. vermindert haben, wird man bei den Steuern der Länder und Gemeinden nur mit einem durchschnittlichen Ausfall von 10 Proz., also mit über 400 Mill. rechnen müssen. Die Gesamtverminderung der Steuereinnahmen in Reich, Ländern und Gemeinden, sowie der Rückgang der Einnahmen aus den öffentlichen Unternehmungen beziffert er auf 1750 Millionen.

Besonders bedrohlich sei die Lage der Gemeinden. Sie gehen nach seiner Berechnung ins neue Etatsjahr mit einem Defizit von 750 Mill. und dieses Defizit sei um so gefährlicher, als es sich dabei zum größten Teil um unfundierte Schulden handele. An neuen Steuern stehen dagegen den Gemeinden aus der Roterordnung nur etwa 200 Mill. zur Verfügung, so daß noch 500 Mill. ungedeckt bleiben.

Rund habe Dr. Cremer seine fernere Mitwirkung davon abhängig gemacht, daß in klarer gesetzgeberischer Form eine Einsparung des eventuellen Fehlbetrags von rund 300 Mill. vorgenommen werde. Er hätte gern gehört, wo Dr. Cremer diese Abstriche vorzunehmen beabsichtige. Der Reichsfinanzminister habe den Höchstbetrag, an dem man überhaupt noch Abstriche vornehmen könne, auf 880 Mill. Mark beziffert. Von diesen 880 Mill. Mark entfallen fast genau die Hälfte auf Heer und Marine, ohne Beförderung. Am Heer und an der Marine will aber Herr Dr. Cremer nichts streichen. Wie will man also zu den Abstrichen von 300 Mill. kommen? Er würde auch gern von dem Reichsfinanzminister gehört haben, wie dieser sich die Sanierung der Gemeinden denke. Der Kredit der Gemeinden sei durch manche unverantwortlichen öffentlichen Reden aufs schwerste gefährdet worden.

Wolle man Streichungen vornehmen, könne man unmöglich am Wehretat, am Auswärtigen Amt und an den Subventionen für die Luftfahrt vorbeigehen.

Es erscheine ihm unverantwortlich, in einem Augenblick, in dem man nicht wisse, wo und wie man noch streichen könne, Steuererleichterungspläne durchzuführen, wie z. B. die Realsteuern um 270 Mill., die der Industriesteuer um 100 Mill., ferner die Vereinfachung der Umsatzsteuer mit einem Ausfall von 30 Mill., und die Vereinfachung der Vermögenssteuer mit 16 Mill.; insgesamt also Steuererleichterungen von 416 Mill. Die Realsteuererleichterung sei ein Experiment, das man sich sehr genau hätte überlegen müssen. Der Grundgedanke jeder Sanierung aber sei: Der Reichs-etat dürfe nicht isoliert betrachtet werden. Es komme vor allem auf die Sanierung der Gemeinden an.

Auf die von Dr. Cremer und dem Genossen Dr. Hilferding gegen ihn gerichteten Angriffe antwortete der

Reichsfinanzminister Dietrich

in längeren Ausführungen. Am Schlusse seiner Rede gab er auf die beiden von Dr. Cremer an ihn gerichteten Fragen folgende Antworten: Sein Plan, für jeden mehr beschäftigten Arbeiter einen Zuschuß an das betreffende Unternehmen zu zahlen, werde zurzeit vom Reichsarbeitsminister Siegelwald nach allen Richtungen durchgeprüft. Der Reichsarbeitsminister werde sich demnächst, nach Abschluß der Prüfung, über diesen Plan äußern. Die zweite Frage von Dr. Cremer, ob die Reichsregierung die Absicht habe, mit einem Aufwand von 750 Mill. ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der öffentlichen Körperschaften durchzuführen, beantwortete er mit nein.

verlangen von der braunschweigischen Regierung die sofortige Auflösung der Bürgerwehr und die Beschlagnahme der Waffen.

Franzen-Prozess auf den 12. Februar verlegt.

Braunschweig, 15. Januar.

Das hiesige Landgericht verhandelte am Donnerstagnachmittag in dem zweiten Prozeß Franzen gegen den „Volksfreund“, in dem diesem unterlag werden soll, die Wahrheit gegen Franzen zu sagen. Das Gericht vertagte den Prozeß auf den 12. Februar. Es sollen dann die Akten aus dem Prozeß gegen den Landwirt Guth herangezogen werden.

Die Beisitzer im Staatsgerichtshof.

Neuwahl im Reichsrat

Zu Beisitzern im Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich wurden gestern im Reichsrat gewählt: Universitätsprofessor Dr. Emsend, Berlin, (Stellvertreter: Kammergerichtspräsident Dr. Tigges, Berlin), Staatsminister a. D. Dr. v. Zeithayn (Stellvertreter: Prof. Dr. Anschütz, Heidelberg), Präsident des Oberverwaltungsgerichts Dresden Dr. Streß (Stellvertreter: Oberlandesgerichtspräsident Dr. Stein, Darmstadt), Senatspräsident a. D. Feilerabend, Stuttgart (Stellvertreter: Prof. Oberlandesgerichtsrat Dr. Pau, Hamburg) und Oberverwaltungsgerichtspräsident Dr. Ebsen, Jena (Stellvertreter: Präsident des Oberverwaltungsgerichts Oldenburg Dr. Weber).

Gespaltene Spießbürger.

Das Gesicht der Wirtschaftspartei.

Herr Dingeldey, der neue Führer der Volkspartei, hat neue Sammlungsabsichten. Das Projekt „Falscher Hase“ schwebt ihm wieder vor. Er will Staatspartei und Volkspartei, Wirtschaftspartei, Konservative Volkspartei und Christlich-Soziale in einem Mischmasch vereinigen. Im Gebälk der Staatspartei, der Nachfolgerin der Demokratischen Partei, tracht es schon wieder bedenklich. Die Wirtschaftspartei hat bereits die erste Abspaltung erfahren. Das ist der Zustand der bürgerlichen Mitte. Grundsätzliche Politik hat dort keinen Kurswert mehr. Die liberale Ideologie ist verfloren, übrig geblieben ist der Spießbürger in Filz-pantoffeln mit der Nachtmütze auf dem Kopf.

Er hat in der Wirtschaftspartei die politische Organisation gefunden, die seinen geistigen Kräften und seinem politischen Bildungsstand am ehesten entspricht. Wirtschaftspartei, das bedeutet das Banauentum in der Politik, das Hintreten des erbärmlichsten und engsten Gruppenegoismus in politische Entscheidungen.

Was ist die Wirtschaftspartei? Eine Vereinigung von Interessenten, die von der Demokratie nur soviel verstanden hat, daß man die deutsche Parteienzersplitterung zur Beförderung persönlicher Interessen in der Gesetzgebung ausnützen könnte. Diese Partei wird nicht zusammengehalten durch eine einheitliche politische Idee, durch eine große staats- oder kulturpolitische Zielsetzung. Was ihre Wähler und Mitglieder bewegt, ist die Höhe der Gewerbesteuer, die Hochhaltung von Brotpreis und Mietzins und vor allem die Entrüstung des Hausbesitzers darüber, daß ihm die gebundene Wohnungswirtschaft Beschränkungen in der Ausbeutung der Mieter auferlegt hat. Es sind jene Mittelstandsschichten, die von jeher in der Arbeiterschaft ein bequemeres Ausbeutungsobjekt gesehen haben. Sie haben noch jene Zeiten in der Erinnerung, in der die Arbeiterschaft im Kaiserreich politisch rechtlos gehalten wurde und in denen darum jeder Spießbürger, der sich das Etikett national aufklebte, sie noch für sich besonders glaubte ausbeuten zu können.

Dieses Sammelsurium kleiner und kleinster privater Wirtschaftsinteressen ist von Jahr zu Jahr reaktionärer geworden. Sein Programm hat niemals etwas anderes dargestellt, als eine Anhäufung von Schlagworten, an denen die Spießbürger der Wirtschaftspartei sich berauscht haben: Gerechtigkeit, Anstand, Sitte, Kultur, christlich, national. Hinter den Worten aber ist es hohl — man kann von dieser Partei und ihren Führern auch nicht verlangen, daß sie sich dabei etwas denken sollten. Gerade deswegen hat sie beträchtlichen Zulauf gefunden aus jenen Kreisen, die den Weltanschauungsparteien der bürgerlichen Mitte davonlaufen sind.

Diese Partei ist die richtige Partei für den deutschen Spießbürger. Sie erfüllt sowohl sein Bedürfnis nach Opposition wie sein Bedürfnis nach bürgerlicher Honorarigkeit. Dazu gehört beim deutschen Spießbürger immer noch, daß man national ist im Sinne des schwarzweißroten Hurrapatriotismus, und also ist auch die von Herrn Bäckermeister Dremlich geführte Partei national. Wenn die Deutschnationalen ihren Mund aufgerissen haben, so hat die Wirtschaftspartei sich bemüht, sie zu kopieren. Jede bössartige verleumderische Hege gegen die Arbeiterschaft und ihre Partei, jeder Heßfeldzug wurde am gläubigsten in der Wirtschaftspartei aufgenommen. In der Atmosphäre der Stammtischpolitik und des Vadenklatches gedeiht der Blödsinn am üppigsten.

Die Wirtschaftspartei hat den Beweis dafür geliefert, daß Dummheit notwendig reaktionär werden muß. In der Krise hat sie das wunderbare Projekt der Arbeitsdienstpflicht erfunden. Es ergab sich so zwanglos, so ganz von selbst: die Höhe der Arbeitslosigkeit kommt daher, daß Deutschland zu einem Paradies für Faulenzer geworden ist. Es kommt nur darauf an, die faulenzenden Arbeiter zur Arbeit zu zwingen, und die Krise wird vorbei sein.

Aus diesem Projekt, das leider vom Reichsarbeitsministerium zum Gegenstand ernsthafter Besprechung gemacht worden ist, sprach eine Mischung von volkswirtschaftlichem Unverständnis und Haß gegen die Arbeiterschaft. Dieser Haß gegen die Arbeiterschaft ist das Moment, daß die Anhänger der Wirtschaftspartei am stärksten mit bewegt. Dabei leben diese Leute zum größten Teil von der Arbeiterschaft, als Händler, als Gewerbetreibende, als Hauswirte!

Das politische Auftreten dieser Partei könnte zum Gegenstand einer Groteske gemacht werden. Ein Bürgermeister einer kleinen Stadt, der zur Wirtschaftspartei gehört, empfahl seinen Parteifreunden, sie müßten sich in den Gemeindeparlamenten wie die Spartakisten des Bürgertums gebärden. Das war noch vor dem Aufschwung der national-

Vermittlung in Genf.

Von Briand und Henderson vereinbart.

Paris, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Briand und Henderson sind gemeinsam von Paris nach Genf gereist. Die Pariser Presse berichtet, die beiden Staatsmänner würden sich in Genf um eine Vermittlung im deutsch-polnischen Konflikt bemühen. Der „Temps“ dementiert entschieden, daß man auch nur einen Gedanken daran hege, eine Einheitsfront gegen Deutschland zu schließen. Selbst die nationalistiche „Liberte“ findet die Mäßigung der Reichsregierung im Gegensatz zu den nationalistischen Schreibern höchster Anerkennung wert und gibt zu, daß Polen gegen den Rinderheitenschutz verstoßen habe, wenn auch nicht in solchem Maße, wie es Deutschland glauben machen wolle.

Bewaffnete Einwohnerwehr.

Seltene Dinge bei Franzen!

Braunschweig, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Den bisher nicht geklärten Dynamitanschlag gegen eine Gastwirtschaft in Velpke haben die dortigen reaktionären Großbauern zum Anlaß genommen, eine Bürgerwehr zu bilden, die schon bewaffnet Patrouillendienste auf den Straßen unterhält. Die dortige Ortsgruppe der SPD, und des Reichsbanners

sozialistischen Konkurrenz. Ein Landtagsabgeordneter der Wirtschaftspartei deklamierte, er werde bei der nächsten Revolution mit auf die Barrikaden steigen — das war nun wieder die Konkurrenz gegen die Nationalsozialisten. Herr Dremwig, Bäckermeister und Parteichef, hat sich unsterbliche Lorbeeren erworben durch seinen Ringkampf mit dem Reichsjustizminister Bredt, den er wider dessen Willen aus dem Reichskabinett herausholte.

Das hat sich nun also gespalten. Warum, weswegen, worüber? Ueber große grundsätzliche Streitfragen? Ueber die Orientierung der Partei zur Reichspolitik, über irgendeinen politischen Glaubenssatz, um den gekämpft wurde, oder über eine taktische Streitfrage? Man forscht und forscht — nichts von alledem. Es wäre auch sehr merkwürdig. Diese Partei kann sich nur spalten über Dinge, die ihre Anhänger wirklich bewegen, und das ist das eigene Portemonnaie oder der Reib auf das Portemonnaie des anderen.

Die Herren Dremwig und Colosser haben sich die Entwicklung ihrer Vermögensverhältnisse vorgeworfen; Kreditgeschäfte bei der Mittelstandsbank, Verknüpfung von Privatinteressen und Parteinteressen, Privatgeschäft und Parteigeschäft spielten eine Rolle. Die Vorwürfe, die Herr Colosser gegen Herrn Dremwig erhob, gipfelten in einem Worte darin, daß Herr Dremwig innerhalb der Partei zu sehr — Wirtschaftsparteiler gewesen sei.

Darüber spaltet sich die Partei des mittelständlerischen Spießbürgertums! Der Grund der Spaltung ist die beste Erklärung für ihr wahres Wesen. Man suche nicht nach tieferen Gründen und ideologischen Hintergründen. Die Abwesenheit von Weltanschauung und politischer Bildung ist Erklärung genug. Wen es gelüftet, einen Blick in die politische Seele des echten deutschen Spießbürgers und Anhängers der Wirtschaftspartei zu tun, der wird eine Enttäuschung erleben. Politische Seele eines Wirtschaftsparteilers? Fehlangeige!

## Affentheater Wirtschaftspartei.

Der Krach geht weiter.

Der Krach in der Wirtschaftspartei greift um sich. Es wird berichtet, daß noch mehrere Wahlkreisorganisationen die Beziehungen zur Parteileitung der Wirtschaftspartei abbrechen wollen. Neue Enthüllungen über die Mittelstandsbank werden angekündigt.

Das Parteischiedsgericht der Wirtschaftspartei hat den Abgeordneten Colosser, der bereits seinen Austritt erklärt hatte, ausgeschlossen, und Colosser renanziert sich, indem er den Beschluß für ein „Affentheater“ erklärt.

Das ist die Partei, die den Reichsjustizminister im Kabinett Brünning gestellt hatte.

## „Drittes Reich“ bedroht die Schweiz.

Krieg in Sicht wegen des Kriegsfilms.

Die Direktion des Cinema Capitol in Basel erhielt von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Bezirk Morikrüster Land, Filiale Vörsach, das folgende Schreiben:

„Seit dem 2. Januar führen Sie in Ihren Räumen den Tonfilm „Im Westen nichts Neues“ auf.“

Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß unser Führer Dr. Goebbels in Berlin und unsere Bewegung große Rufe und viel Blut geopfert haben, damit dieser Film verboten wird. Dieser Film ist eine Schmähung des deutschen Frontsoldaten und ist eine Entstellung und Erniedrigung des Deutschen durch amerikanische Filmjungen.

Wenn das Schweizer Volk sich auch nicht zu den Deutschen zählt, so haben sie trotzdem in ihren Adern deutsches Blut, sprechen eine deutsche Sprache und in ihrer Brust schlägt ein deutsches Herz. In Anbetracht der Blutsverwandtschaft haben wir bestimmt angenommen, daß in der Schweiz eine Aufführung nicht möglich ist. Wir Deutschen jedoch an der Grenze stellen fest, daß wir uns darin getäuscht haben und wir drücken hiermit der Direktion unser tiefstes Bedauern aus. Wir bezeichnen dieses Verhalten als einen unehrenhaften Akt. Demgemäß werden wir in Vörsach und Umgebung alles daran setzen, um uns gegen Schmähungen auch im Auslande zu wehren. Da uns nur wenige Mittel zur Verfügung stehen, werden wir mit diesen wenigen Mitteln unsere Anhänger darauf aufmerksam machen, daß man Gaststätten meiden, die unserer Ansicht nach wenig Wert darauf legen, deutsche Gäste zu haben. Mit deutschem Heilgruß F. A. Suslit, Bezirksführer.“

Dieser Brief wird in der „Nationalzeitung“ in Basel in vollem Wortlaut abgedruckt. Die Redaktion der „Nationalzeitung“, die alles andere als deutschfeindlich ist, fügt hinzu, daß sie auch nicht einen Zentimeter des Filmes als deutschfeindlich oder dem Ansehen des Deutschtums abträglich empfunden habe. Im übrigen aber macht sie sich weidlich lustig über diese Vertreter des deutschen Nationalismus, die nicht einmal einen einfachen Brief stilistisch richtig abfassen können. Dann höhnt sie:

„Bei uns weiß man natürlich, daß Dr. Goebbels und „seine Bewegung“ viel Blut für das Verbot dieses Filmes geopfert haben, sollen doch Dugende von weißen Mäusen im Uraufzuchtstheater auf dem Felde der Ehre geblieben sein, von den Blindschleichen, blutgefüllten Enteneierchalen und Stinkbomben nicht zu reden. Wir achten diese Verluste... Wir können nur annehmen, daß auf den Briefschreiber und „seine Bewegung“ dasselbe zutrifft, was für Dr. Goebbels und „seine Bewegung“ gilt: daß sie die Front nur aus Heldentüchern kennen und den Film gar nicht.“

Uns in Deutschland interessiert, daß die Nationalsozialisten sich dem Ausland gegenüber brüsten, daß sie das Verbot des Filmes erzwingen haben. Uns interessiert ferner, ob das Ausland nun endlich fühlt, welchen Schaden es dem deutschen Ansehen im Ausland zugefügt hat, als es sich dem nationalsozialistischen Lausbubentum unterwarf.

## Hakenkreuzterror auch in Böhmen.

Reichenberg, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Der Bürgermeister der Glasindustriestadt Halba in Nordböhmen hat die Vorführung des Remarque-Films untersagt, weil es die Deutschnationalen und Hakenkreuzler gewünscht haben. Halba ist die einzige Stadt in der Tschechoslowakei, in der dieses Verbot erlangt ist.

In Karlsbad wurde ein Kinobesitzer, der den Remarque-Film vorführen wollte, so mit Drohbrieffen bearbeitet, daß er von der Vorführung Abstand nahm. In Prag haben einige deutsche Vereine beschlossen, die Kinobesitzer in den deutschen

# Streif in der „Roten Fahne“.

Politische Maßregelungen und Lohndruck.

Von heute ab wird die „Welt am Abend“ in der Druckerei von Gehring und Reimers hergestellt. Diese Ueberführung in eine kapitalistische Privatdruckerei ist von Herrn Münzenberg angeordnet worden, weil Gehring und Reimers billiger druckt als die City-Druckerei, in der die kommunistische Presse hergestellt wird und die der KPD gehört. Es ist ja bekannt, daß der Lohndruck in diesem kommunistischen Betrieb nichts Neues ist.

Auf Grund dieses Auszugs der „Welt am Abend“ stellte die City-Druckerei einen Stilllegungsantrag, weil sie

von 170 Beschäftigten 50 abbauen

wollte. So wird in diesem kommunistischen Betrieb die Parole der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich eingehalten! Dem Antrag der City-Druckerei wurde stattgegeben, und nun begann ein großes Reinemachen. Alle nicht wachstenden Stellen wurden auf die schwarze Liste gesetzt. Dazu natürlich alle, die dafür bekannt sind, daß sie gute Gewerkschafter sind. Junge Ledige wurden im Betrieb gehalten, während Verheiratete mit Kindern, die schon lange Jahre im Betrieb stehen, entlassen wurden. Die Befragten erhoben beim Arbeiterrat Einspruch. Was ist aber schon ein Arbeiterrat in einer kommunistischen Druckerei? Der Arbeiterrat lehnte alle Einsprüche rundweg ab. Gegen diesen Arbeiterrat schwebt gegenwärtig eine

Klage vor dem Arbeitsgericht

wegen Verletzung seiner Pflichten. Am vergangenen Sonntag beschäftigte sich der Brandenburgische Maschinenbauverein mit der Angelegenheit. Der Vorsitzende des Brandenburgischen Maschinenbauvereins ist gleichfalls in der City-Druckerei beschäftigt. Es wurde beschlossen, der City-Druckerei die Forderung zu stellen, die Kündigungen zurückzunehmen und neue Ver-

handlungen anzuknüpfen. Diese Forderung ist von der Zeitung der Druckerei abgelehnt worden. Daraufhin haben nun gestern von den achtzehn Maschinenbauern

sechzehn die Arbeit niedergelegt.

Zwei Maschinenbauer und fünf Handwerker, die als Maschinenbauer gelernt haben, und die treue Mitglieder der KPD sind, haben entgegen dem Beschluß die Arbeit nicht niedergelegt bzw. sie verrichten als Maschinenbauer Streikbruch.

Dieser Streik in der kommunistischen Druckerei dürfte noch weitere Kreise ziehen. Er beleuchtet die Verhältnisse in den kommunistischen Betrieben. Obwohl die kommunistische Presse täglich die Forderung auf Vertüzung der Arbeitszeit auf vierzig Stunden mit Lohnausgleich stellt, zwecks Einstellung von Arbeitstagen, wird bis heute in dieser kommunistischen Druckerei voll gearbeitet.

Die Arbeitstagen sind der kommunistischen Partei gut genug als Stoßtrupp gegen politische Andersdenkende und gegen Gewerkschafter.

Im übrigen können Sie sehen, wo Sie bleiben. Wir erinnern, daß in diesem kommunistischen Betrieb den Zeitungsaussträgern die Löhne um 33 Proz. gekürzt worden sind, und daß alle Zeitungsaussträger, die sich mit dieser Lohnkürzung nicht einverstanden erklärten, gemahregelt worden sind. Das Arbeitsgericht, das sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat, verurteilte die Firma zur Weiterzahlung des Lohnes, weil ein Tarifvertrag besteht, der nicht eigenmächtig abgeändert werden darf.

Es ist beschämend, daß ein sogenannter Arbeiterbetrieb zu solchen Scherzmethoden greift und schließlich die eigenen Arbeiter, die zum mindesten mit den Zielen der KPD sympathisieren, in einen Streik treibt.

## Der Tambourmajor beim Stahlhelm.

Der Disziplinarhof verurteilt einen Stahlhelmbeamten. Eine grandtätliche Entscheidung.

Der Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten hatte in einer vor einiger Zeit unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Meyer abgehaltenen Sitzung in einer Berufsangelegenheit gegen einen Polizeibeamten zu verhandeln, der an einer öffentlichen Veranstaltung des „Stahlhelms“ als Tambourmajor in Stahlhelmkleidung teilgenommen hatte. Der Disziplinarhof ist der Entscheidung der ersten Instanz des Disziplinargerichts der Regierung in Oppeln beigetreten und hat deren Urteil auf Straferhebung und Kürzung des Dienstentkommens um eine Gehaltsstufe aufrechterhalten. Aus der Urteilsbegründung des Disziplinarhofs wird amtlich mitgeteilt:

„Aus der Reichsverfassung ergibt sich, daß grundsätzlich auch den Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung zusteht. Die Ausübung dieses Rechts darf aber bei einem Beamten nicht über die ihm durch sein Dienstverhältnis zum Staat gezogenen Grenzen hinausgehen. Dieses Dienstverhältnis verpflichtet die Beamten zur Treue und zum Gehorsam gegenüber dem Staat und verbietet ihnen, von dem Recht der freien Meinungsäußerung und der politischen Betätigung einen gleich weiten Gebrauch zu machen wie es jedem anderen Staatsbürger gestattet ist, der nicht unter dem Zwange der im öffentlichen Interesse unerlässlichen Dienstpflicht steht. Das Amt umfaßt die Gesamtpersönlichkeit des Beamten, er ist niemals nur Privatmann. In allen seinen Handlungen und außerhalb seines Dienstes muß der Beamte sich bewußt sein, daß das Amt ihn bindet, sich stets auch in der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte diejenige Mäßigung und Zurückhaltung aufzuweisen, die durch seine Stellung als Diener der Gesamtheit und durch das Ansehen seines Amtes bedingt ist... Der Beamte ist verpflichtet, auch außerhalb des Dienstes sich so zu verhalten, daß jede Mißdeutung seiner Handlungsweise und jeder Zweifel an seiner Zuverlässigkeit ausgeschlossen ist.“

In dem Urteil wird weiter festgestellt, daß der vorgelegte Minister ohne weiteres berechtigt sei, die ihm unterstellten Beamten auf die ihnen obliegende Beschränkung in Ansehung ihrer politischen Betätigung hinzuweisen und daß somit die Ministerialverfügung vom 8. Dezember 1921 und vom 23. Juli 1924, die den Beamten die Fernhaltung von politisch der Verfassung gegenüber nicht einwandfreien Verbänden zur Pflicht machen, weder der Form noch dem Inhalt nach gegen die Reichsverfassung verstoßen. Diese Pflicht sei den Beamten durch ihr Treueverhältnis zum Staat ohnehin von selbst auferlegt; auf diese Erlasse des Ministers, die nur von deklaratorischer Bedeutung seien, komme es hiernach überhaupt nicht entscheidend an. „Der Beamte darf auch außerhalb des Dienstes, zumal in der Öffentlichkeit, nicht an Veranstaltungen von Verbänden teilnehmen, die nicht einwandfrei auf dem Boden der geltenden Verfassung stehen. Daß zu solchen Verbänden auch der „Stahlhelm“ gehört, hat die Vorinstanz zutreffend festgestellt. Ob die hier erwähnte Veranstaltung des „Stahlhelm“ ihrer Wesensart nach selbst politisch war oder nicht, ist ohne Bedeutung, da es nur auf die Gesamteinstellung des Verbandes gegenüber der bestehenden Staatsform im allgemeinen ankommt... Solange die gegenwärtige Verfassung besteht, sind die Beamten unbedingt verpflichtet, ihr die Treue zu halten und sich von einer Betätigung für Verbände, die nicht einwandfrei auf dem Boden der Verfassung stehen, fern zu halten.“

Der Disziplinarhof stellte in seinem Urteil schließlich noch fest, daß er die von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafe der Dienstentlassung in ernstester Erwägung gezogen und von der Verhängung dieser schwersten Strafe lediglich abgesehen hat, weil der Angeklagte Unterhaltspflichten gegenüber vier Kindern, sich im Kriege gut geführt und auch als Polizeibeamter sonst seine dienstlichen Pflichten zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten erfüllt hat.

Die Verletzung des Abgeordneten Straßer. Die Röntgenuntersuchung des beim Stifahren schwer verunglückten nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Straßer hat ergeben, daß ein Wirbelschaden gebrochen ist, das Rückenmark aber nicht verletzt wurde. Die Heilung wird langwierig sein. Infolge der Schwere der Verletzung kommt ein Transport von Oberstaufen nach München nicht in Frage.

Der Prager Magistrat, unter Leitung des extremen Deutschenbüßers Dr. Baga, hat Richterkollegen in anderer als tschechischer Sprache verboten. Da diese Maßnahme hauptsächlich Klagen in der deutschen Sprache betrifft, haben die deutschen Mitglieder der Stadtverwaltung Protest beim Landesamt erhoben. In Prag sind deutsche Patate „unzulässig“, während französische, englische oder anderssprachige angebracht werden können.

Städten der Tschechoslowakei vor der Aufführung des Remarque-Films zu warnen!

## Das südslawische Verbot.

Belgrad, 15. Januar.

Auf den Einspruch der Filmverleiher gegen das von der Zensur erster Instanz ausgesprochene Verbot der für Aufführung des Filmes „Im Westen nichts Neues“ hat auch die oberste Zensurbehörde die Aufführung verboten. Ueber die Begründung des Verbots verlautet noch nichts.

## Rigaer Radaubüchlein verurteilt.

Riga, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Der Friedensrichter verurteilte in beschleunigtem Verfahren den reichsdeutschen Studenten Penner und den lettischen Staatsangehörigen Silber wegen des Zwischenfalls bei der Rigaer Premiere des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ zu drei Wochen Gefängnis. Die beiden Verurteilten wurden sogleich in das Rigaer Zentralfängnis eingeliefert. Nach Verbüßung der Strafe wird Penner, der erklärte Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu sein, ausgewiesen werden.

## Der Stahlhelm beschimpft Hindenburg.

Der Präsident des „undeutschen Zwischenreichs“.

Die beiden Bundesführer des Stahlhelm, Seidte und Duesterberg erlassen einen Aufruf „Kampf dem Zwischenreich“, in dem es heißt:

„Kameraden! Seit dreizehn Jahren lebt das deutsche Volk im undeutschen Zwischenreich des bismarckfeindlichen Marxismus. Diesem Zwischenreich, das die völkischen, sittlichen, kulturellen und auch die wirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Nation völlig zu zerstören droht, habt Ihr den Kampf angefangen, um aus dem Geist der Frontkameradschaft und der Volksgemeinschaft das wahre deutsche Reich und die Nation entstehen zu lassen.“

Das sogenannte „undeutsche Zwischenreich“ stand sechs Jahre unter der Reichspräsidentschaft Friedrich Eberts, sechs Jahre unter der Reichspräsidentschaft Hindenburgs. Es ist kein Zweifel, daß die Behauptung, die Republik drohe die völkischen, sittlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Nation völlig zu zerstören, ein schweres Vergehen gegen das Republiksgeweihe darstellt.

Der Charakter dieser Beschimpfung wird von Herrn Seidte in seinen Reden in der Provinz unterstrichen. Dort versichert er, daß der Stahlhelm aus einer Selbstschutzzorganisation eine politische Kampforganisation geworden sei, die Schulter an Schulter mit Hitler und Hugenberg stehe.

Die Beschimpfung richtet sich jedoch nicht nur gegen die Republik, sondern auch gegen ihren Präsidenten, den Reichspräsidenten des „undeutschen Zwischenreichs“. Auch ihm wirft sie sinngemäß vor, daß er „die völkischen, sittlichen, kulturellen und auch die wirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Nation völlig zu zerstören drohe.“

Reichspräsident von Hindenburg aber, der Präsident des undeutschen Zwischenreichs, ist — Ehrenpräsident des Stahlhelm!

## Fahlbusch.

Stahlhelm nennt den Fememörder Kamerad.

Die Leiche des Fememörders Fahlbusch wird obduziert werden, um die Todesursache festzustellen. Der plötzliche Tod hat den Verdacht hervorgerufen, daß der Fememörder selbst ermordet worden sein könnte.

Der Stahlhelm erläßt folgende Ankündigung: „Der Stahlhelm, Kreisgruppe Osterholz-Scharmbeck, wird dem toten Kameraden von dem einsamen Bauerngehöft an der Hamme nach Bremerhaven in zahlreichen Kraftwagen das Ehrengelüb geben.“

Geliebte können die Freunde des Mörders ihm geben — aber Ehre nicht!

Verkauf des Balbo-Geschwaders an Brasilien. Die brasilianische Regierung hat den Ankauf aller italienischen Flugboote des Geschwaders für ihre Luftflotte beschlossen. In den ursprünglichen Plänen Balbos war der Verkauf des Fluggeschwaders an Südamerika zur Ersparnis der hohen Kosten des Rücktransportes vorgesehen.

## Zweierlei Recht bei Fried.

Hafentanzversammlung erlaubt. — Republikaner-  
kundgebung verboten.

Apolda, 15. Januar. (Eigenbericht.)

In Thüringen gibt es seit der Herrschaft des Reichstags  
Fried zweierlei Recht. Hier ein neuer Beweis dafür.

Die hiesigen Nationalsozialisten hatten für Donnerstag  
eine Versammlung angekündigt. Die republikanischen  
Organisationen verließen daraufhin ebenfalls eine Kund-  
gebung ein, die auf einem öffentlichen Platz in der Nähe des  
Versammlungsorts der Nationalsozialisten stattfinden sollte. Es  
war also der gleiche Vorgang zu verzeichnen wie wenige Tage zuvor  
in Weimar, wo die Nationalsozialisten nach der Einberufung einer  
republikanischen Veranstaltung sofort eine Kundgebung in der Nähe  
des von den Republikanern gemieteten Lokals einberiefen und so  
dem nationalsozialistischen Polizeidirektor eine Handhabe zum Verbot  
der republikanischen Versammlung gaben. In Weimar wurden  
schließlich beide Veranstaltungen unter dem Hinweis ver-  
boten, daß durch sie die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört  
würde. In Apolda aber hat die Polizei nicht etwa ebenfalls beide  
Versammlungen, sondern nur die Veranstaltung der Re-  
publikaner verboten, indem sämtliche Ansammlungen auf  
dem für die republikanische Veranstaltung vorgesehenen Platz für  
Donnerstagnachmittag unterlagert worden sind. Die Versammlung der  
Nationalsozialisten durfte dagegen stattfinden.

## Ein Hafentanzfrüchtchen.

Keine Szene vor Gericht.

Köln, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Das Kölner Schöffengericht hat am Donnerstag zwei halb-  
wüchsige, 19 Jahre alte Naziburschen von der Angeklagte des Wider-  
standes gegen die Polizei freigesprochen, obwohl vier Polizei-  
beamte ausfragten, daß die beiden gegen sie nicht nur Wider-  
stand geleistet haben, sondern auch tätlich geworden sind.

Drei Zeugen, jugendliche Anhänger der Nazis, haben von all-  
dem, was ihren Parteifreunden vorgeworfen wurde, natürlich nichts  
gesehen. Das Gericht schenkte ihnen und nicht den Beamten Glauben.  
Dabei sieht einer der Angeklagten zurzeit unter dem Verdacht des  
Diebstahls in Untersuchungshaft. Als er vom Vorsitzenden ge-  
fragt wurde, warum er in Untersuchungshaft sitzt, gab er in frechem  
Tone zur Antwort: „Weil ich Nationalsozialist bin. Das hat der  
Untersuchungsrichter mir gesagt.“ Der Vorsitzende machte den Ange-  
klagten auf die Dummheit seiner Rederei aufmerksam. Darauf der  
Beschuldigte: „Ja, das hat der gute Mann gesagt.“ Auf Antrag des  
Staatsanwalts wurde er wegen ungebührlichen Benehmens vor Ge-  
richt sofort mit drei Tagen Haft bestraft.

## Der Pirmasenser Bombenprozeß.

Drei Kommunisten verurteilt.

Pirmasens, 15. Januar.

Vor dem Erweiterter Schöffengericht fand der Prozeß gegen  
vier Kommunisten statt, die wegen der sogenannten Bombenaffäre  
angeklagt sind. Die Angeklagten sind beschuldigt, sich Sprengstoff  
angeeignet und an andere Personen weitergegeben zu haben. Sie  
haben in einem Teil verurteilt. Mitteilung aus der Kriegszeit ge-  
borgten und zur Bombensabotage benutzt. Der Urteil lautete: Der  
Angeklagte Dörnberger wurde freigesprochen, der Ange-  
klagte Reinhardt zu 1½ Jahre Gefängnis, der Ange-  
klagte Schäfer zu zwei Jahren Gefängnis und der An-  
geklagte Köhler zu zwei Jahren Zuchthaus und zwei  
Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Angeklagten Köhler, Schäfer und  
Reinhardt wurden unter Polizeiaufsicht gestellt.

## Die Bürgersteuer der Wochenlöhner.

Verteilung auf mehrere Zahlungstermine statthaft.

Der Reichsrat nahm gestern unversändert einen Verord-  
nungsentwurf über die Abführung der Bürgersteuer an. Diese Ver-  
ordnung will Härten vermeiden, die bei der Einbehaltung der  
Bürgersteuer bei Wochenlöhneempfängern aufzutreten könnten.  
Es soll vermieden werden, daß bei Einbehaltung der nach der  
Notverordnung am 10. Januar und 10. März fälligen Raten der  
Bürgersteuer den Lohnempfänglichen nur noch ein Betrag  
verbleibt, der zur Bestreitung des Lebensunterhalts bis zur nächsten  
Lohnzahlung kaum ausreicht. Auch soll die Verordnung auf die  
Lohnempfänger Rücksicht nehmen, die gegenwärtig viele Arbeit-  
nehmer treffen. Die Verordnung sieht deshalb vor, daß der Abzug  
jeder der zwei Raten der Bürgersteuer auf mehrere Lohn-  
zahlungstermine verteilt werden kann. Im übrigen  
enthält die Verordnung auch einige Klarstellungen für die  
Bürgersteuer.

## Neuer Kampf in Oesterreich.

Ein Anschlag auf Wien.

Die Verteilung der Steuererträge in Ostösterreich auf den  
Bund, die Länder und Gemeinden ist geregelt durch das Abgaben-  
teilungsgesetz.

Kaum ist der neue Nationalrat gewählt, tritt die Bundes-  
regierung mit ihrem Plan einer starken Milderung dieser Verteilung  
heraus. Angekündigt vom Haß der mit Ausnahme Wiens christlich-  
sozial regierten Länder gegen die rote Hauptstadt will man Wien  
40 Millionen Schilling jährlich entziehen!

Die Folge wäre zwangsläufige Einschränkung des Wohnungs-  
baues und der ganzen Fürsorge Wiens, die vom Säuglingswäsch-  
paket bis zur Greisenhilfe das Leben der bedürftigen Bürger be-  
gleitet und beschützt. Das aber wollen die Feinde Wiens gerade;  
hoffen sie doch, so die Wertbetracht des roten Gemeinwertes für die  
Sozialdemokratie und den Sozialismus zu brechen. Freilich selbst  
wenn gar keine Gemeindegelder mehr gebaut werden könnten — die  
städtischen Wohnhöfe stehen überall in Wien zur Schau — und diese  
Steine sprechen!

Unsere Wiener Genossen verkennen nicht die Notlage der anderen  
Länder und Gemeinden. Die Stadt Wien hat schon bisher anderen  
Gemeinden und ganzen Ländern geholfen, so durch wohlfeile Dar-  
lehen der städtischen Zentralkasse, durch Anschlag geeigneter liegen-  
der Gemeinden an die Trinkwasserversorgung Wiens, die aus den  
Alpen das beste Trinkwasser herbeiführt usw. Die Sozialdemo-  
kratische Partei hat sich zur Hergabe von 22 Millionen  
Schilling Wiener Steuererträge jährlich mehr als  
bisher bereit erklärt, allerdings unter der Bedingung  
verfassungsmäßiger Sicherung sowohl einer strengen Finanzmitt-  
schaft in allen öffentlichen Verwaltungen Oesterreichs wie ihrer

# Rebellion in der Wirtschaftspartei.



Die sächsischen Verbände: „Härensche, mei Kuder, das is awr cene Luderwärdtschaft!“  
Drewitz: „Nun ja, — dafür sind wir doch Wirtschaftspartei!“

## Kommunisten fürs 16. Jahrhundert

Für Spießrutenlaufen und Zuchthaus für Offiziersbeschimpfung.

Die ganze Verlogenheit der kommunistischen Agitation ist bei  
der Donnerstag-Sitzung des preussischen Staatsrats in Erscheinung  
getreten. Hier stand ein von der Regierung vorgebrachter sehr  
vernünftiger Besetzungsentwurf zur Verhandlung, durch den alle,  
längst überholte Polizeigesetze endlich auf-  
gehoben werden sollen. Es handelt sich dabei u. a. um Polizei-  
und Strafgesetze, die teilweise bis ins 16. Jahrhundert  
zurückgehen, aber nach neuen Entscheidungen des Kammergerichts  
noch immer in Geltung sind. Man sollte meinen, daß  
jeder vernünftig denkende Mensch der Aufhebung solcher Gesetze zu-  
stimmt, aber man irrt sich. Die Kommunisten und natürlich auch  
im trauten Verein mit ihnen teilweise die Nationalsozialisten  
wollen nach wie vor die alten Gesetze aus der schlimmsten Feudalzeit  
aufrechterhalten haben. Sie widersprechen u. a. der Aufhebung  
folgender Gesetze:

In Schloßien soll noch immer strengste Zuchthaus-  
oder Festungstrafe zu gemäßigten haben, wer einen  
königlichen Offizier in der Ausübung seines Amtes mit  
Worten oder Tugigkeiten beschimpft.

Wenn es nach den Kommunisten geht, sollen auch in Zukunft  
„unbesugte Schriftsteller und heimliche Rat-  
geber mit Spießrutenlaufen bestraft werden.“ Die  
schlechtesten Vandalen werden besonders entzückt sein, wenn sie  
erfahren, daß folgender Strafparagraf aufrechterhalten bleiben soll:  
Das Tobakrauchen außer den Bahnstuben, besonders bei dem  
Getreidebinden, Laden und Einführen, auch Holz- und Reisighacken  
ist bei dreistündigem Halseisen und nach strengerer  
Leibesstrafe verboten. Das Schießen auf Hochzeiten ist bei  
Zuchthausstrafe unterlagert.

Kommunisten und Nationalsozialisten haben sich auch gegen die  
Aufhebung einer Reihe von Verordnungen ausgesprochen, die  
Georg V., von Gottes Gnaden König von Hannover,  
königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von  
Sachsen, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg erlassen hat,  
um die Beherbergung von Fremden zu regeln. Aber auch Johann  
Ludwig Graf zu Sayn Wittgenstein und Hohen-  
stein hat es ihnen angetan. Was der im Februar 1776 be-  
fohlen hat, soll nach ihrem Wunsch auch weiter rechtens bleiben. Auch  
für die Gassenordnung der Stadt Halle vom De-  
zember 1706 und für die Ordnung unser Vorfahren von  
Gottes Gnaden, Landgraven zu Hessen-Cassel, zu Kassel, zu  
Dieh, Ziegenhain und Ruda haben sie sich eingesetzt und sie haben  
auch das Reglement der Stadt Breslau von 1744 aufrechterhalten  
haben wollen darüber, wie es mit Säuberung der Straßen in der  
königlichen Hauptstadt zu halten sei.

Und damit das Maß voll wird, wäre auch, wenn es nach Kom-  
munisten und Nationalsozialisten ginge, der Staatsrat auch dafür  
eingetreten: „daß kein Bürger noch anderer Einwohner sich unter-  
stellen solle, einiges Nachts-Geschrei oder sonst etwa Laut  
und Buß verursachende Unsauberkeit aus denen Fenstern heraus-  
zuschütten, noch aus denen Häusern auf die Straßen zu bringen,  
sondern sich dessen bei Strafe von ein Viertel Goldgulden so gewisser  
zu enthalten als sonst als solche Stroff an die Kontrahenten nicht  
nur unmaßmäßig exequiert, sondern bei jedesmahligen Kontra-  
ventions-Fall verdoppelt werde solle.“

Wieder den Buß aus dem 16. Jahrhundert konservieren als für  
eine Regierungsvorlage stimmen!

finanziellen Selbstständigkeit, wobei dem Bund noch ein gewisses Ein-  
spruchsrecht gewahrt bleiben soll.

Die Verhandlungen mit der Bundesregierung und den Mehr-  
heitsparteien im Nationalrat sind sehr schwierig. Um den Forde-  
rungen Nachdruck zu geben, die unsere Genossen im Interesse Wiens  
und der ganzen Republik erheben, veranstalten sie gegenwärtig in  
Wien eine Versammlungskampagne, die allabendlich viel-  
Tausende um die Wortführer der Partei vereinigen.

## Die Kammer an der Arbeit.

Einleitungsrede des Präsidenten.

Paris, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Die erste Arbeitssitzung der Kammer session  
begann ruhig. Die Tardieu-Opposition, die alles auf eine groß  
angelegte Offensive gegen die Regierung Steeg vorbereitet, hat sich  
im letzten Augenblick eines besseren besonnen. Ihre Interpellationen  
über den Durstic-Standal sind alle zurückgezogen oder  
verjagt worden.

Kammerpräsident Bouisson eröffnete die Sitzung mit einer  
Begrüßungsansprache, in der er zunächst für seine fünfte Wiederwahl  
dankte. Dann gab er einen Ueberblick über die innerpolitischen Tages-  
probleme und sprach eingehend über die Wirtschaftskrise. Im Ver-  
gleich zu anderen Ländern habe Frankreich noch nicht allzu sehr  
darunter zu leiden, doch sei

auch für Frankreich die Zeit der wirtschaftlichen Prosperität  
vorbei.

Schon habe die Kammer einige Notstandsmaßnahmen beschließen  
müssen und der Fünfjahresplan werde weiter dazu beitragen.

## Discator-Theater.

Friedrich Wolf: „Tan Yang erwacht“.

Der übliche Spektakel der gesinnungstreuen Anhänger Discators.  
Der Regisseur, der in seinem Theater kommunistische Propaganda  
treiben läßt, wird künstlerisch immer fanatischer, aber auch immer  
börniger. Seine Anhänger gehen jedoch mit ihm durch die und  
dünn. Als die Schauspieler, die sich ganz besser geföhren haben, schon  
abgetreten sind, beginnen einige Hundert im Theatersaal mit noch  
frischer Kehle die Internationale zu fügen. M. H.

der Wirtschaft den nötigen Anstoß zur Ueberwindung der Krise zu  
geben. Zur Außenpolitik betonte Bouisson, daß die Friedenspolitik  
Brands und der Gedanke der Europa-Föderation überall  
Zustimmung gefunden habe. Obwohl die

Führung der Außenpolitik durch gewisse Ereignisse jenseits der  
Grenze sehr viel schwieriger geworden

sei, habe Frankreich weder Nervosität noch Ungeduld gezeigt. Nach  
einer eingehenden Debatte, in der sich der ehemalige Kriegsminister  
Maginot unruhig auszeichnete, beschloß die Kammer, die Ent-  
lassung der beiden kommunistischen Abgeordneten Marty und  
Duclos aus dem Gefängnis zu fordern; dabei gelang es der  
Regierungsmehrheit, 270 Stimmen gegen 258 der Opposition auf-  
zubringen.

## Indische Protestbewegung.

Wegen der neuen Hinrichtungen.

Bombay, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Immer noch wirkt die Hinrichtung der vier Inder in  
Scholapur wegen der Ermordung eines Polizeibeamten ruhestörend  
auf die Bevölkerung. Am Donnerstag war die Stadt Dator der  
Schauplatz schwerer Kämpfe. 150 Demonstranten und Bürger  
wurden nach dem offiziellen Polizeibericht durch Stockhiebe ver-  
wundet. Die Schulleute waren schließlich derart bedrängt, daß  
sie schossen. Zwei Personen wurden durch das Gewehrfire  
getötet.

In Bombay werden neue schwere Kämpfe befürchtet. Das  
allindische Kriegskomitee hat für Freitag einen neuen Streik  
und einen Trauertag für die Hingerichteten angelehrt. Alle Schulen,  
Geschäftshäuser und Fabriken sollen geschlossen bleiben; die Be-  
völkerung wird aufgerufen, möglichst jeden Straßenverkehr und  
selbst die Gerichtsungen zu verhindern. Die Regierung hat  
die Bevölkerung in einem Anschlag vor jeder Ungefahrlichkeit ge-  
warnt; sie werde mit aller Strenge vorgehen. In den Kasernen  
steht das Militär in Bereitschaft.

Die Unruhen wegen der Hinrichtung der vier Inder in Schola-  
pur scheinen kein Ende nehmen zu wollen. Nach Bombay und  
Koratschi hat es in Ahmedabad schwere Zusammenstöße ge-  
geben. Der Polizei gelang es nicht, die Demonstranten zu zer-  
streuen, sie schoß und verletzete 150 Personen.



## Bier wird nicht teurer!

### Die Stadtverordneten gegen Biersteuererhöhung / Große Schuldebatte

Die vom Magistrat beantragte Erhöhung der Biersteuer wurde gestern — wie schon vorher im Ausschuss — in der Stadtverordnetenversammlung von allen Parteien abgelehnt. Die Sozialdemokraten waren insbesondere deswegen dagegen, weil sie die Auswirkungen und die ersten finanziellen Ergebnisse der erst im November eingeführten Getränke- und Biersteuer abwarten wollten. — Im weiteren Verlauf der Verhandlungen bewiesen die Kommunisten ihre Feindschaft gegen jeden wahren Fortschritt im Schulwesen. Sie waren sowohl gegen die Bewilligung von 20 000 Mark für den Schüleraustausch und stimmten auch gegen die Errichtung einer konfessionslosen Lehreraademie in Berlin.

Zu Beginn der Sitzung ritt Stadtd. Klinghardt von der Deutschen Volkspartei eine heftige Attacke gegen die angebliche Verschwendungssucht der Schulverwaltung beim Bau und der Ausstattung von Schulen. Es war nicht das erste Mal, daß die Volkspartei in solchen Fragen in aggressiver Weise gegen die Stadtverwaltung vorging. Klatsch gab ihnen die Beschaffung mehrerer Konzertsäle für das neue Kleist-Ensemble im Bezirk Tiergarten. Das sei, sagte Klinghardt, ein unverantwortlicher Luxus und wenn die Stadt die Schulverwaltung, vor dem neuen Etatabschluß die restlichen Mittel noch schnell auszugeben, so weiter geht, so müsse man die Verantwortlichen persönlich haftbar machen. Das Kleist-Ensemble sei ein Prunkbau, der als Musteranstalt für Berliner Schulen allen Studiengesellschaften gezeigt werde. Stadtschulrat Nhdahl stellte fest, daß nur zwei Flügel beschafft seien, einer steht in der Aula, der andere, kleinere, im Musikzimmer. Sie sind der Sparanleihe wegen gebraucht gekauft worden. Von der Beschaffung weiterer Instrumente sei der Schulverwaltung nichts bekannt. Stadtd. Jöbel (Dem.) trat lebhaft dafür ein, daß in jeder Turnhalle ein Mäxler für den modernen Turn- und Gymnastikunterricht zur Verfügung steht. Stadtd. Puhly (Soz.) sagte Herrn Klinghardt, daß alle Pläne für das Kleist-Ensemble von Vesten stammen, die keiner Partei sehr nahe stehen. — Noch einmal gab es eine Schuldebatte: Der Magistrat hat in einer Vorlage um Bereitstellung von 20 000 Mark für den Schüleraustausch mit dem Ausland. In Betracht kommen insbesondere Frankreich, England und Deutschland. Der kommunistische Lehrer Schüring lehnte solche „Ankerlücken“, wie er sich ausdrückte, rundweg ab.

#### Stadtd. Kreuhiger (Soz.)

stellte unter dem Beifall der Sozialdemokraten die Einheitsfront der Kommunisten und der Nationalsozialisten auch in dieser Frage fest, denn kurz vorher hatte ein nationalsozialistischer Redner es abgelehnt, Schüler nach dem „vernegierten“ Frankreich zu schicken. Kreuhiger hob insbesondere die großen pädagogischen Vorzüge solcher Schülervertretungen hervor. Tatsächlich fand sich eine Mehrheit aus Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten, die die 20 000 Mark ablehnten.

#### Neue Biersteuer abgelehnt.

In einem Antrag zur Biersteuererhöhung hat der Magistrat eine Erhöhung der Biersteuer vorgeschlagen. Danach soll die Steuer für Einbecker auf 5 Mark, für Schanzenbier auf 7,50 Mark, für Kölsch auf 10 Mark und für Starkbier auf 15 Mark erhöht werden, und zwar ab 1. Januar 1931. Wie Stadtd. Coewy (Soz.) berichtete, hatte der vorbereitende Ausschuss mit Rücksicht auf die erst vor kurzer Zeit erfolgte Neufestsetzung der Biersteuer die neue Erhöhung abgelehnt. So beschloß auch gestern die Versammlung einstimmig, wie der Vorbescher Genosse Hah feststellte. Dann gabs wieder Schuldebatten! Gegen die Errichtung von pädagogischen Akademien für katholische, evangelische, jüdische und religionslose Kandidaten in Köpenick protestierten die Volksparteiler in einem Antrag; Zeitungsmeldungen gaben ihnen den Anlaß dazu. Im Ausschuss war dem Antrag stattgegeben worden. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte sich Stadtd.

Jausst mit dem Beschluß einverstanden. Allerdings forderte er in einem Antrag

#### die Errichtung einer Akademie (Lehrerbildungsanstalt) für konfessionslose, angehende Lehrer.

Obwohl in Berlin über 50 weltliche Schulen vorhanden sind, die selbstverständlich Lehrernachwuchs brauchen, ist nur erst in Frankfurt a. M. eine solche Akademie vorhanden. Es ist also hierigen unbedeutenden, konfessionslosen Eltern nicht möglich, ihre Kinder dem Lehrerberuf zuzuführen, weil sie die Kosten des auswärtigen Aufenthaltes nicht bezahlen können. Stadtd. Hallensleben (D. Sp.) lehnte angesichts der bedrängten Finanzlage und der Ueberfüllung des Lehrerberufes die Errichtung der Akademien ab. Im Interesse der stiellosen Junglehrer, sagte

#### Stadtschulrat Nhdahl (Soz.).

julle man vorderhand die Errichtung neuer Akademien zurückstellen. Darüber hinaus sei es aber durchaus nötig, für die Lehrkräfte aller Schulstufen eine gemeinsame Ausbildungsanstalt zu errichten. In der Abstimmung erklärten sich

die Kommunisten wiederum gegen den Fortschritt im Schulwesen:

Sie stimmten mit allen anderen Parteien gegen die Errichtung einer konfessionell nicht gebundenen Akademie in Berlin; nur die Sozialdemokratie war dafür!

Für die Fortführung der Arbeiter-Abiturientenkurse an der Karl-Marx-Schule in Neukölln wurden die erforderlichen 20 000 M. bewilligt. Wenn die Kommunisten nicht selbst diesen Antrag gestellt hätten, wären sie in Verfolg ihrer vorher in der Versammlung beklagten schulfeindlichen Politik bestimmt dagegen gewesen. — Eine große Anzahl von Anträgen wurde ohne wesentliche Debatte erledigt. Die Bilanz der Berliner Berkehrsgesellschaft wurde zur Kenntnis genommen.

Schluß der Sitzung, der noch eine nichtöffentliche Verhandlung folgte, gegen 21 Uhr.

## Verwüstung in Mexiko.

### Furchtbare Folgen des Erdbebens. — Bisher 25 Tote geborgen.

New York, 15. Januar.

Nach einer Meldung des „Associated Press“ aus Mexiko hat das gestrige Erdbeben am schwersten die Stadt Oaxaca heimgesucht. Der Militärkommandant von Oaxaca, General Perez, berichtete dem Präsidenten Rubio, daß mindestens 25 Personen getötet oder verletzt worden seien und stündlich aus den Trümmern neue Opfer geborgen würden. Die Stadt sei ein einziger Trümmerhaufen; der Sachschaden sei noch nicht im entferntesten zu überschauen. Das Beben, das um zehn Uhr abends begann und drei Minuten dauerte, hatte unter der Einwohnerschaft eine ungeheure Panik zur Folge. Die Bevölkerung lagert jetzt im Freien. Eine Hilfsaktion ist eingeleitet.

## Straßenbahnwagen in Flammen.

### Sieben Personen verletzt.

München, 15. Januar.

Hier hat sich heute abend ein schwerer Straßenbahnunfall ereignet. In der Theresienstraße trat bei einem Wagen der Linie 2 Kurzschluß ein. Eine mächtige Stichflamme drang aus dem Kontrollor beim Führerstand. Sieben Personen erlitten Brandwunden an Füßen, Händen und im Gesicht. Alle Verletzten mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Unter den Fahrgästen, die zu den Wagenluren drängten, entstand eine Panik. Die Feuerwehr löschte den Brand.

## Aus dem vierten Stock in die Tiefe.

Kassel, 15. Januar.

Der berühmte Autodieb Schwerdtner wurde heute morgen von der hiesigen Kriminalpolizei in seiner Wohnung verhaftet und im Polizeipräsidium wegen verschiedener Autodiebstähle vernommen. Man brachte ihn dann in das photographische Atelier des Polizeipräsidiums, wo er die Gelegenheit benutzte, sich rucklings durch ein offenes Fenster vier Stockwerke tief auf die Straße zu stürzen. Obwohl es dem Beamten gelang, ihn am Mantel zu ergreifen, konnte der Sturz nicht verhindert werden, da der Mantel entzweit. Mit schweren inneren Verletzungen und einem komplizierten Schädelbruch wurde Schwerdtner dem Krankenhaus zugeführt.

## Schiffsverkehr Berlin—Stettin unterbrochen.

Wegen zu starken Eisgangs auf der Oder wurde der Schiffsverkehr zwischen Berlin und Stettin und Berlin—Breslau einseitig. Auch der Passagierdampfer zwischen Greifswald und Stettin und Schwedt und Stettin verkehren nicht mehr. Das Stettiner Hafn ist mit einer starken Eisebede belegt. Die Großschiffahrtstraße Stettin—Swinemünde ist durch die Tätigkeit mehrerer großer Eisbrecher eisfrei.

Herabsetzung des Berliner Milchpreises. Der Verein der Berliner Milchhändler hat den Richtpreis von Milch für den Kleinverkauf von 30 auf 29 Pf. pro Liter senkt.

## Millionen veruntreut.

### Schwerer Vertrauensbruch zweier Direktoren.

Bremen, 15. Januar.

In Barnstorf, zwischen Bremen und Osnabrück, kam man bei der Spar- und Darlehnskasse riesigen Veruntreuungen der beiden Geschäftsführer auf die Spur, die in die Millionen gehen.

Schon vor einiger Zeit hatte der eine Direktor der Kasse, Goerke, im Laufe der Untersuchungen Selbstmord begangen; der zweite Direktor, Groene, wurde in Untersuchungshaft genommen. Nunmehr stellt sich das Ergebnis der Buchprüfung als überaus erschreckend heraus und bringt Beweise dafür, daß die Veruntreuungen der beiden in die Millionen gehen. Dem Direktor Goerke sind Unterschlagungen von fast 900 000 M. nachgewiesen. Dazu kommen noch 500 000 M. Rückstellungen auf fingierte Konten und über 61 000 M. für sonstige Verpflichtungen. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß sich dieser betragsmäßig ausgewiesene Fehlbetrag der Kasse noch weiter erhöhen wird. Direktor Groene wurde nach Diepholz ins Untersuchungsgefängnis übergeführt.



„Unmöglich, meine Herren! Ihre Forderungen sind indiskutabel für mich! Andern? Wo? Nicht nur in der Politik sind neue Zeiten angebrochen, sondern auch in den Fabrikationsmethoden. Gottseidank! sonst hätte ich meinen Betrieb schon längst schließen müssen. Arbeiten Sie mal ruhig erst ein Vierteljahr weiter. Sie werden dann sehen, daß das Teilsystem, das sie jetzt betreiben und abgeschafft zu haben wünschen, sich zum Nutzen der Belegschaft auswirkt! Ich wünsche, daß alle meine Leute ihr Geld verdienen. Und, passen Sie auf, wenn das System erst mal eingespielet ist, werden Sie es auch verdienen und zwar müheloser als früher!“

Der Betriebsrat war mit dieser Antwort nicht einverstanden. Der Sprecher drohte mit Amtsniederlegung. Ludwig klopfte sich auf die Schenkel und lachte so schallend, daß Sandow aus seinem Glaskasten herausgelaufen kam.

„Haha, Sandow, meine Leute wollen streiken! Das ist ein guter Witz, meine Herren, aber nicht ernst zu nehmen. Die Arbeit niederlegen! Seien Sie froh, daß Sie in dieser Zeit überhaupt Arbeit haben! Wie stellen Sie sich denn das vor, für diesen Riesennachfrage Aufträge hereinzuholen? Wenn ich nicht billiger bin als die Konkurrenz, dann schnappt diese die Bestellungen, und Sie, meine Herren Betriebsräte, sowie die gesamte Belegschaft können in die leere Röhre gucken! Glauben Sie, daß ich das Teilsystem aus Uebermut eingeführt habe? Nein, aus Notwendigkeit! Aus bitterster Notwendigkeit, sage ich Ihnen! Hier...“ und er holte aus seinem Schreibtisch eine Mappe mit Papieren heraus, breitete Rechnungen, Angebote der Konkurrenzfirmen, Kataloge, Materiallisten, Kalkulationen vor ihnen aus und bewies ihnen mit Hilfe Sandows an einzelnen schlagenden Beispielen, daß es vollkommen unmöglich sei, von der augenblicklichen Fabrikationsmethode abzugehen oder gar Erhöhung der Stücklöhne vorzunehmen.

Der Betriebsrat, gegen die Fülle der Argumente wehrlos, sah ein, daß weitere Auseinandersetzungen für den Augenblick keinen Zweck hätten und ging.

Ludwig schüttelte den Kopf hinter ihnen her und fragte: „Sandow, sind die Leute denn toll geworden?“ Der Angeredete hatte keine andere Antwort als sein bekanntes Achselzucken.

Acht Tage später stand der Betrieb.

Wie auf einen Schlag setzte der Lärm der Maschinen aus. Ludwig, den die plötzliche Stille stärker traf als der Schlag einer Explosion, stürzte aus dem Kontor, um zu sehen, was los sei.

Die Belegschaft stand auf ihren Plätzen wie immer. Aber niemand arbeitete.

„Was ist los?“ fragte er den ersten besten, der ihm in den Weg lief. „Ist etwas explodiert?“

Nein, es war nichts explodiert, keine Maschine, kein Kessel, kein Säurebehälter. Nur der Mähmut seiner Leute war explodiert.

Sich nicht mehr kennend vor Jörn lief er in sein Kontor zurück.

Wieder stand der Betriebsrat vor ihm, wieder stellte er ihm die bekannten Forderungen.

Da packte ihn die helle Wut. Er schlug mit der Faust auf den Tisch und schrie die drei Leute an: „Ich und nur ich habe zu bestimmen, was in meinem Betriebe zu geschehen hat! Wenn Ihnen das nicht paßt, dann gehen Sie bitte Ihrer Wege. Dort hat der Zimmermann das Loch gemacht! Von nun an verhandle ich mit Ihnen überhaupt nicht mehr, sondern nur noch von meiner Organisation zu Ihrer! Was wollen Sie eigentlich? Habe ich die Tarifbestimmungen verletzt, so sagen Sie es gefälligst und bringen Sie die Beweise. Ihre Erpressung mit Arbeitsniederlegung schreckt mich gar nicht. Wenn Sie nicht mehr wollen, dann gut! Es stehen mir hundertfach andere Arbeitskräfte zur Verfügung. Der Arbeitsnachweis liegt voller Facharbeiter. Hüten Sie sich ja, den Streik in den Betrieb zu tragen! Sonst antworte ich mit den schärfsten Maßnahmen! Ich warne Sie und warne ihre Kollegen!“

Zehn Minuten, nachdem der Betriebsrat das Kontor verlassen hatte, sprangen brüllend draußen in den Sälen wieder die Maschinen an.

Wieder einmal hatte sich die Arbeit ins Loch gebeugt, erschreckt vor scharfen, unbarmherzigen Worten.

Ungefäunt zog Ludwig die Folgerung aus diesem Vorfalle. Er stellte einen Kalkulator an, der systematisch den ge-

samten Arbeitsprozeß aufzeichnete, ihn parteimäßig festlegte und außerdem die Spitzenleistungen notierte.

Als Ludwig vier Wochen später die Tabellen des Kalkulators nachsah, zeigte sich, daß die Arbeiter seiner Fabrik tatsächlich ein Mehr bis zu dreißig Prozent über den Tariflohn verdienen.

Dreißig Prozent mehr als anderswo! Hier stand es, bis auf die letzte Papiermark errechnet, schwarz auf weiß in den Tabellen.

Was aber nicht darin stand, war die Art und Weise, auf welche diese 30 Prozent Mehr zustande kamen.

Das übersah Ludwig von seinem Unternehmerstandpunkt aus großzügig.

Er freute sich, nun in den Tabellen des Kalkulators einen neuen Verbündeten zu haben.

Der Betriebsrat sollte es wagen und ihm noch einmal mit neuen Forderungen kommen.

Dann würde er, Ludwig, diese Tabellen als Waffe schwingen und die Belegschaft zwingen, billiger zu arbeiten.

Jawohl, er wollte es auf eine Nachtprobe antommen lassen!

Eifrig suchte er eine Gelegenheit dazu.

Für den Augenblick aber wurde er durch andere Dinge abgelenkt.

Die Innung ernannte ihn zum Obermeister.

Das war eine große Ehrung für ihn. Er freute sich, auf diese Weise seine bahnbrechende Methodik im Beruf von Fachleuten anerkannt zu sehen.

Dann aber wehte der Inflationswind dahin, wie der Herbstwind die stehenden Blätter.

Der Besiß zersiel. Täglich bröckelte er ab. Die Wage der Marktentwertung verhängte Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit gleichermaßen. Jene Schicht der Besitzenden, die hellhörig und helläugig und zum Teil durch Erfahrung von Generationen gewöhnt, rechtzeitig begriff, wohin die Fahrt ging, war verhältnismäßig klein. Die stumpfen Karpfen waren in der Ueberzahl und ließen sich ohne Gegenwehr von den gierschnäuzigen Hechten fressen.

Am schlimmsten aber waren die Besitzlosen daran, die Arbeiter, die nichts anderes zu verkaufen hatten als ihre Arbeitskraft.

Der Unternehmer zahlte ihre gute Arbeit mit schlechtem Geld, das keine Stunde den Wert behielt, sondern immer schlechter und schlechter wurde.

(Fortsetzung folgt.)

## Profit aus Hausruinen.

Die Spannung zwischen Hausgeizigen und Mietern steigert sich in vielen Fällen bis zur Unerträglichkeit; speziell in jenen alten, verwahrlosten Mietkasernen, wo kein Fenster und keine Tür mehr richtig schließt und Wind und Risse freiwillig Einlaß gewähren.

Von solchen Dingen wissen die Bewohner der Häuser Skaller Straße 115-116 ein trauriges Lied zu singen. In der Hausfassade geht der Verputz langsam aber sicher den Weg alles Irdischen und gibt der Regentinne mehr Freiheit, als ihr gebührt. Die altersschwache Haustür steht Tag und Nacht offen und über einen trostlosen Hof geht es in die verschiedenen „Lugus-Appartements“; ist das Milieu einer Kellerwohnung an und für sich durch den allzugroßen Luft- und Lichtmangel ein deprimierendes, so wird hier die traurige Szenerie noch durch allerlei Schäden wesentlich erhöht. In der einen Wohnung durchschneidet ein handbreiter, tiefgehender Riß die Wand; hier liegen Wasser- und Abflusrohr völlig frei und die Menschen leben ständig in Gefahr, daß im Falle eines Rohrbruches die ganze Bude überflutet wird. Und diese Gefahr liegt nicht etwa in nebelhafter Ferne, denn die mehr als „historische“ Rohrleitung — das Haus fast mehr als 70 Jahre — streift alle Augenblicke und wird dann nur so oberflächlich zusammengefedert und eben diese freigelegte Stelle datiert ebenfalls vom letzten Rohrbruch her; in einer anderen Wohnung ist ein ähnlicher Schaden und die Bewohner kriegen infolge mangelhafter Funktion der Leitung alle schönen Gerüche direkt aus erster Hand in ihre Wohnküche. In den Kellern fault und modert es lustig und prächtige Blüzkulturen haben saftigen Nährboden. Aber der schlechteste und verwahrloste Wohnstall ist immer noch besser als die Straße und so kann der Herr Hauswirt durch allerlei geschickte Machinationen trotzdem noch allerhand Geld herauswirtschaften. Wer dazu nicht ja und Amen sagt, der fliegt ganz einfach, ob Portier oder Hausbewohner; statt Reparaturen gibt es Mietssteigerung, böse Worte fliegen her und hin, ewiger Janz, ewiger Haber und schließlich muß ja doch wieder der wirtschaftlich Schwächere unterliegen. Es ist von manchem Hauswirt mehr als gewisslos, all den vom Schicksal ohnedies so stark geschlagenen Menschen auch nicht das geringste Entgegenkommen zu beweisen.

## 50 Jahre „Quasselstrippe“.

Als niemand telephonieren wollte. — Heute eine halbe Million Anschlüsse allein in Berlin.

Vor 50 Jahren wurde durch den damaligen Generalpostmeister Heinrich von Stephan — dessen 100. Geburtstag im „Vorwärts“ gebührend behandelt worden ist — in Berlin in der Französischen Straße 33c, das erste öffentliche Fernsprechamt Deutschlands eröffnet.

Damit hatte die „Quasselstrippe“ den Weg beschritten, der sie in wenigen Jahren zum unentbehrlichen Hilfsmittel des gesamten öffentlichen Lebens machte. Die Einführung des Telefons fiel dem allzeit neuerungshungrigen Generalpostmeister Stephan zunächst nicht leicht. Schon am 14. Juli 1880 hatte er die Einrichtung des Fernsprechdienstes in Berlin bekannt gemacht, fand aber nur 94 Teilnehmer. Erst durch die Bemühungen Emil Rathenau's, der sich für die Durchführung des Stephan'schen Planes zur Verfügung stellte, wurden so viel Teilnehmer gewonnen, daß die Eröffnung des ersten öffentlichen Fernsprechamts in Europa am 12. Januar 1881 erfolgen konnte. Das erste „Telephonbuch“, das jedoch erst später erschien, enthielt 290 Namen, in der Hauptsache Kaufleute, Zeitungen, Banken, Behörden usw. Neue Teilnehmer wurden den „alten“ umgehend mitgeteilt. Das Gespräch kostete 50 Pfennig. Der Betrieb ging von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. Die einzige öffentliche Fernsprechstelle war im Postamt 64 eingerichtet. 1882 folgten weitere fünf Sprechstellen. 1884 betrug die Zahl der Berliner Fernsprechteilnehmer bereits 40 000. In diesem Jahre bekam das Telephonbuch den noch heute üblichen blauen Deckel. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Berliner Fernsprechanhänge rund eine halbe Million.

## Katastrophe auf dem Eis.

Geschwisterpaar eingebrochen und ertrunken.

Landsberg a. d. W., 15. Januar.

In dem benachbarten Jantoch ertranken die beiden Kinder des Schrankenwärters Stieffe beim Schlittschuhlauf im Randkanal.

Die Kinder liefen zunächst auf den überfluteten Wiesen. Dabei kam das zehnjährige Mädchen auf das dünne Eis des Kanals und brach ein. Ihr 13jähriger Bruder wollte ihr zu Hilfe eilen und rutschte ihr einen Schlitten. Hierbei aber brach er selber ein. Ein Arbeiter, der den Vorgang gesehen hatte, lief mit einer Stange zur Unglücksstelle, kam aber bereits zu spät. Nach einstündigem Suchen gelang es, die Kinder als Leichen zu bergen.

## Studentenkravall gegen Seitz.

Mit dem Hinauswurf beendet.

Wien, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Am Mittwochabend versuchten rechtsradikale Studenten in einer Studentenversammlung Krawalle zu inszenieren. Während der Rede des Bürgermeisters Seitz über „Studentenschaft und Demokratie“ schanderten sie fortwährend Schimpfworte in den Saal und stießen Drohungen aus. Als die Rednerhelfer sich trotz aller Mahnungen der im Saal anwesenden Schutzleute nicht beruhigten und schließlich auf die Versammlungsteilnehmer mit Stühlen loszuschlagen wollten, wurden sie von den republikanischen Studenten aus dem Saal herausgeworfen.

## Schwerkrankes Kind zu Tode geführt.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich in der Tuberkulosestation im Krankenhaus Buch zugetragen. Ein kleiner fünfjähriger Junge, der wegen einer schweren Wirbelsäulentuberkulose bereits seit über einem Jahre im Streckverband lag, ist aus dem Bett gefallen und dabei zu Tode gekommen. In dem Zimmer befand sich, als das Unglück geschah, keine Schwester, und es wird Sache der die Untersuchung führenden Behörde sein müssen, genauestens nachzuprüfen, ob etwa ein Verschulden des aufsichtführenden Personals vorliegt. Wie wir erfahren, scheint es sich aber vielmehr um eine Verletzung unglücklicher Umstände zu handeln, denen der Knabe zum Opfer gefallen ist. Kommunistische Zeitungen benutzen den furchtbaren Unglücksfall zu einer neuen Hege gegen den Berliner Magistrat, der angeblich durch einen Sparparagrafen die Schuld an dem Unglücksfall tragen soll. Wir stellen demgegenüber fest, daß ein Abbau des in Frage kommenden Personals in dem Bucher Krankenhaus überhaupt nicht stat. gefunden hat.

# Feinde der Schule.

Eltern merkt es euch: Nazis und Kommunisten gegen eure Kinder!

Die kommunistische Politik hat sich noch immer gegen jeden wahren Kulturfortschritt ausgewickelt. Das zeigte sich mit besonderer Deutlichkeit wieder einmal in der gestrigen Stadtoverordnetenversammlung.

Zur Debatte stand eine Vorlage des Magistrats, wonach 20 000 Mark für den Auslandschüleraustausch bewilligt werden sollten. Seit Jahren bemüht sich unter der Leitung des sozialdemokratischen Stadtschulrats Rydahl auch die Berliner Schulverwaltung um die Förderung der Völkerverbrüderung; sie glaubt ein Mittel dafür in dem Austausch von Schülern mit dem Ausland zu haben, indem sie ältere Schüler und Schülerinnen besonders nach Frankreich und England schickt. Diese Schüler sind stets mit den besten Eindrücken zurückgekehrt, sie haben die Verhältnisse des Landes, die Gesinnung der Bevölkerung kennengelernt, haben wertvolle Anregungen erhalten und schließlich hat sich erwiesen, daß ein Studium an Ort und Stelle für das gegenseitige Verstehen der Völker wertvoller war als alle Theorie. Gleichzeitig gewährt Deutschland den jungen Franzosen und Engländern Gastfreundschaft. Jeder Staat trägt die Kosten für seine Gäste. Im letzten Herbst hat ein junger französischer Freund seinen Dank an Deutschland in einem längeren Bericht im „Vorwärts“ abgestattet. Diese Bestrebungen wollte die Berliner Schulverwaltung weiter unterstützen — deshalb die Vorlage.

Es war ausgerechnet ein Lehrer, Herr Schubring, der die pädagogischen Auswirkungen solcher Schulpolitik nicht erkannte.

Ihm war die „Linie“ der kommunistischen Partei wichtiger als der erzieherische Erfolg, deshalb hielt er gegen die Vorlage eine parteipolitische Agitationsrede und seine Fraktion schwenkte ein. Sie lehnte gemeinsam mit den Deutschen und den Nationalsozialisten die Vorlage ab.

Nach ein zweites Mal bekamen die Kommunisten Gelegenheit, ihre Stellung zu wirklichem Schulfortschritt zu bekunden. Die Sozialdemokraten beantragten die Errichtung einer Lehrerausbildungsakademie für konfessionslose angehende Lehrer. Auch hier gab der kommunistischen Stadtoverordnetenfraktion die Moskauer Linie die Richtschnur für ihr Handeln, nicht die reale Notwendigkeit. Obwohl in Preußen neben zwölf evangelischen zwei katholische Akademien nur eine simultane in Frankfurt a. M. besteht, lehnt sie den dahingehenden Antrag der Sozialdemokraten ab, wiederum gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien, nur die Sozialdemokraten waren dafür.

Es ist dies absolut keine spezifisch partielle Angelegenheit. Nur den 50 Berliner weltlichen Schulen wird ein nicht geringer Prozentsatz Kinder von kommunistischen Lehrern unterrichtet. Die Lehrer dieser Schulen gehen alle durch die konfessionellen Akademien auf der Straße geradezu aufgedrängt habe. Sie habe ihm ihr Leid geklagt, daß keiner ihr das Bett wärme, da sie ja geschieden sei. Im Laufe der Verhandlung kam es dann wieder zu verschiedenen Widersprüchen, als die Szenen in der Zahnklinik erörtert wurden, die bekanntlich zur Anklage führten. Schwarz bestreitet nach wie vor, sich an der Nebenklägerin vergangen zu haben; er führt alle Beschuldigungen auf ihm nicht gut gestimmte Kollegen zurück, und die

Zeugenernehmung einiger Magistratsmitglieder ergab auch, daß man feinerzeit sich gefreut habe, dem Angeklagten eins auszuwichen zu können.

Frau Florian muß schließlich zugeben, daß sie sich im Dienst nicht immer eines ganz besonders gewählten Ausdrucks bedient habe. So hat sie sich Kollegen gegenüber sehr ausführlich über ihre Hochzeiten nicht ausgesprochen. Als der Angeklagte der Schulschwester noch andere ähnliche Sachen vorwirft, schreit diese ihm zu: „Daß Ihnen die Junge nicht noch abfaul, sollte mich wundern, Herr Stadtmann.“ Die Verhandlung wurde auf heute vormittag 10 Uhr vertagt. Es ist beabsichtigt, den angeklagten Heberfall auf die Schulschwester in der Sächsischen Zahnklinik durch Frau Florian demonstrieren zu lassen. Das Gericht wird heute evtl. in der Zahnklinik tagen. Am Sonnabend findet die Verhandlung in Potsdam statt.

# Eine seltsame Schulschwester

Sie liebt die Likörchen. — Lokaltermin in der Klinik.

Bis in die späten Abendstunden wurde gestern die Beweisaufnahme im Verurteilungsprozess gegen den Stadtmann Otto Schwarz aus Brandenburg, der sich vor der Potsdamer Strafkammer wegen fälschlicher Beleidigung der 33jährigen Schulschwester Hedwig Florian zu verantworten hat, fortgesetzt.

Im Laufe des Nachmittags kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen den beiden Verteidigern Dr. Frey und Dr. Löwenthal. Aus der Verhandlung schalt sich allmählich heraus, daß Frau Florian, die einen ziemlich hausbackenen Eindruck macht, bei der Wiedergabe von jeglichen Vorgängen eine besondere Befriedigung zu haben scheint. Der Angeklagte Schwarz, der eine unsittliche Annäherung gegenüber der Schulschwester entschieden bestreitet, behauptet, daß Frau Florian in Wiedergaben von jeglichen Vorgängen geradezu geschwätzt habe; sie habe diese Dinge auch in Männerkreisen vorgezogen. Es kam dann jene Passage zur Sprache, die ein Stadtoverordneter B. an der Schulschwester in den Amtsräumen vorgenommen hat. Die Passage wurde nur im Gesicht und am Hals vorgenommen, aber Frau Florian entblöhte dazu einen Teil der Schulter und des Brustanleges. (Gelächter im Zuhörerraum.)

Unter großer Spannung wird nun Frau Florian selbst vernommen. Sie erzählt zuerst von einer

nächtlichen Feier in Brandenburg, bei der sie nicht weniger als zehn bis zwölf Likörchen getrunken habe.

Dann ist sie durch die Straßen getorrt, und der Angeklagte soll sich ihr gegenüber zudringlich benommen haben. Vorstehender Land-

gerichtsdirektor Dr. Hellwig: Donnerwetter, Frau Florian, zehn bis zwölf Likörchen; ist das nicht reichlich viel für eine Dame? Frau F.: Das ist schon richtig. Der Angeklagte springt nun auf und wendet seinerseits ein, daß sich Frau Florian ihm gegenüber in dieser Nacht auf der Straße geradezu aufgedrängt habe. Sie habe ihm ihr Leid geklagt, daß keiner ihr das Bett wärme, da sie ja geschieden sei. Im Laufe der Verhandlung kam es dann wieder zu verschiedenen Widersprüchen, als die Szenen in der Zahnklinik erörtert wurden, die bekanntlich zur Anklage führten. Schwarz bestreitet nach wie vor, sich an der Nebenklägerin vergangen zu haben; er führt alle Beschuldigungen auf ihm nicht gut gestimmte Kollegen zurück, und die

Zeugenernehmung einiger Magistratsmitglieder ergab auch, daß man feinerzeit sich gefreut habe, dem Angeklagten eins auszuwichen zu können.

Frau Florian muß schließlich zugeben, daß sie sich im Dienst nicht immer eines ganz besonders gewählten Ausdrucks bedient habe. So hat sie sich Kollegen gegenüber sehr ausführlich über ihre Hochzeiten nicht ausgesprochen. Als der Angeklagte der Schulschwester noch andere ähnliche Sachen vorwirft, schreit diese ihm zu: „Daß Ihnen die Junge nicht noch abfaul, sollte mich wundern, Herr Stadtmann.“ Die Verhandlung wurde auf heute vormittag 10 Uhr vertagt. Es ist beabsichtigt, den angeklagten Heberfall auf die Schulschwester in der Sächsischen Zahnklinik durch Frau Florian demonstrieren zu lassen. Das Gericht wird heute evtl. in der Zahnklinik tagen. Am Sonnabend findet die Verhandlung in Potsdam statt.

# Das teure Gemüse.

Trotz reichlicher Zufuhren Preissteigerungen um 40 Prozent!

Für den verfaulenden Preisabbau liefert ein bezeichnendes Beispiel das augenblickliche Bild am Berliner Gemüsemarkt. Entgegen allen auf eine fühlbare Preisentlastung hinczielenden Ermahnungen und Maßnahmen klammern die Gemüsepreise in riesenhohen Sprüngen lustig in die Höhe. Das wäre noch einigermaßen verständlich, wenn das schneige Frostwetter die Zufuhren dementmaßen gedrosselt hätte, daß die Nachfrage der Bevölkerung nur unter Schwierigkeiten zu befriedigen wäre. Aber keine Spur davon! Schon den ganzen Monat Januar hindurch lautet die ständige Gemüsenotiz in den amtlichen Marktberichten der städtischen Marktinspektoren: Zufuhren reichlich. Nur an zwei Tagen stand dafür das Wort: Ausreichend. Also an irgendwelchen mangelnden Zufuhren kann die Preishausse am Gemüsemarkt nicht liegen. Wie enorm die Steigerungen sind, darüber gibt die nachstehende Tabelle hinreichend Auskunft:

	Kleinhandelspreise pro Pfd.			Großhandelspreise pro Ztr.		
	Anfang Jan.	Mitte Jan.	Steigerung	Anfang Jan.	Mitte Jan.	Steigerung
Weißkohl . . .	5	7	40 Proz.	3,25	4,50	38 1/2 Proz.
Wirkungskohl . . .	8	10	25	5,50	6,75	23
Rotkohl . . .	8	10	25	6,-	6,50	8 1/2
Grünkohl . . .	10	14	40	8,-	9,-	12 1/2
Mohrrüben . . .	5	7	40	3,75	3,50	-
Kohlrüben . . .	5	5	-	3,25	3,-	-
Zwiebeln . . .	5	5	-	2,75	3,25	18 1/4

Sämtliche Preise sind Durchschnittspreise. Also erst einmal die Angelegenheit mit den Mohrrüben ist ein glatter Skandal: im Großhandel geben die Preise um rund 7 Proz. nach und im Kleinhandel steigen sie um nicht weniger als 40 Proz.! Ähnlich bei den Kohlrüben, auch hier im Großhandel sinkende Preise (um 7 1/2 Proz.), nur den Kleinhandel geht das nichts an. Die Verbraucher haben ja keine Ahnung, was das Gemüse im Großhandel kostet. Jetzt die anderen Gemüsearten: beim Weißkohl läuft die Steigerungskurve im Groß- und Kleinhandel ungefähr gleich, desgleichen beim Wirkungskohl. Aber beim Rotkohl, wo die Großhandelspreise um 8 Proz. gestiegen sind, da wird vom Kleinhandel gleich die Gelegenheit wahrgenommen und 25 Proz. auf die Preise aufgeknallt. Beim Grünkohl nicht minder, um 16 Proz. werden einfach 40 Proz. gemacht. Selbtsch die Zwiebeln machen eine Ausnahme.

Dem Augenschein nach handelt es sich um geringfügige Pfennigbeträge bei diesen Preissteigerungen. Wenn man aber bedenkt, daß in den Wintermonaten die von uns angeführten Gemüsearten zusammen mit den Hülsenfrüchten die Hauptnahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung und wieviel mehr noch unserer halben Million Erwerbsloser bilden, dann wachsen sich diese Pfennige zu Vermögen in den Taschen des Handels aus. Und einen ungefähren Eindruck von der exorbitanten Höhe der Preissteigerungen für Gemüse bekommt man, wenn man die Pfennige einmal in Prozente umrechnet. Es wäre übrigens interessant, wenn jede Hausfrau morgen einmal ihren Grüntriebshändler fragen wollte, wie er sich das mit der Verdoppelung und Verdreifachung des Großhandelsaufschlages denkt. Soviel Märchen wären dann wohl an einem Tage in Berlin noch nicht erzählt worden.

## Schulgeld herabgesetzt.

Durchschnittskosten um 30 Mark ermäßigt.

Nach dem Schulgesetz vom 18. Juli 1930 darf das Schulgeld an den öffentlichen höheren Schulen nicht den dritten Teil der Kosten übersteigen, die ein Schüler einer öffentlichen höheren Schule jeweils durchschnittlich verursacht. Der durchschnittliche Kostensatz wird alljährlich für ganz Preußen festgelegt. Infolge der allgemeinen Ausgabenentlastungen im preussischen Haushaltplan für 1931, insbesondere durch die 6prozentige Kürzung der Beamtengehälter, werden sich im Jahre 1931 für die Schüler einer höheren Schule vermindern. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung daher den Durchschnittskostenfest, der bisher 750 M. betrug, für 1931 auf 720 M. herabgesetzt. Danach darf von Ostern 1931 ab an den staatlichen und städtischen höheren Schulen nur noch ein Schulgeld von höchstens 240 M. jährlich erhoben werden.

Heinrich Mann spricht vor den Kriminalbeamten. Auf der Kriminalpolizeitagung des Verbandes preussischer Polizeibeamten, die am Donnerstag, dem 22. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Rheingold stattfand, spricht Heinrich Mann über „Die Forderungen des Publikums an die Kriminalpolizei.“



# STADT DES VORWARTS

## BEILAGE

### Schranken zwischen Buch und Leser. Müssen sie bestehen? — Nein! — Umgestaltung der Volksbüchereien.

Die Berliner Volksbüchereien sind in schwerer Bedrängnis. In den abendlichen Öffnungszeiten stehen in den Ausleihräumen der größeren Büchereien die Leser in Schlangen oder gedrängten Scharen an und warten mit ergebener Geduld auf ihre Abfertigung, während das Personal unter Aufwand aller Kräfte bemüht ist, die verschiedenen mit der Ausleihbetätigtigkeit verbundenen Berichtigungen mit höchster Eile zu erledigen, um den Ansprüchen des Massenbetriebs gerecht werden zu können. An den Abenden vor und nach Sonn- und Feiertagen nimmt der Andrang der Entleiher Formen an, die dem Personal fast unmögliche Arbeitsleistungen zumuten und die Geduld der Leser starken Belastungsproben aussetzen. Unter diesen Umständen bedeutet der ständig wachsende Zutritt an neuen Lesern (hauptsächlich durch die große Arbeitslosigkeit verursacht) eine Gefahr für die ordnungsgemäße Ausübung des Dienstes an den städtischen Büchereien.

Darf diese starke Inanspruchnahme der Volksbüchereien als Zeichen eines allgemeinen Interesses der Berliner Bevölkerung für diese Anstalten angesehen werden? Leider nur sehr bedingt. Die Statistik zeigt, daß von den 4 1/2 Millionen Einwohnern Groß-Berlins nur rund 3 Proz. eingeschriebene Leser der städtischen Büchereien sind. Dieser sehr niedrig ausfallende Prozentsatz erscheint aber in wesentlich günstigerem Licht, wenn wir ihn mit der überhaupt möglichen technischen Höchstleistung der Büchereien vergleichen. Berlin besitzt an eigenen Beständen rund 1 Million Bände, könnte also, bei Abgabe von zwei Bänden an jeden Leser, eine halbe Million Personen, also nicht mehr als 11 bis 12 Proz. der Einwohnerzahl, zu gleicher Zeit versorgen; doch gilt auch dies nur für den ganz undenkbarsten Fall einer gleichmäßigen und andauernden Benutzung sämtlicher Bände, so daß in Wirklichkeit ein geringerer Proz. etwa die Hälfte, anzunehmen ist. Diese 5 oder 6 Proz. sollten allerdings bei richtiger Nutzung der Bestände zu leisten sein.

#### Keine Einschränkung des Leserkreises!

Wie nun aber, wenn die Büchereien schon auf halbem Wege zu dieser zahlenmäßigen Höchstleistung technisch mit so bedrohlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben? Gibt es Mittel, ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen, außer den bei der heutigen Wirtschaftslage der Stadt unmöglichen Auswegen einer wesentlichen Bestandsvergrößerung oder Personalmehrung? Es kämen in Frage Verlängerung der Ausleihzeiten, Verkürzung der Minimalfrist, Ausgabe von weniger Bänden an den einzelnen Leser u. a.; alle diese Mittel würden nur vorübergehend helfen, ihre Wirkung durch den Leserschwachs bald weitgemacht werden. Eine künstliche Einschränkung des Leserkreises aber (durch Annahmeperrre oder Verteuerung der Benutzung) ist aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen (sie würde ja in erster Linie die Erwerbslosen treffen) abzulehnen oder sollte nur im äußersten Notfall vorgenommen werden.

#### Aber bessere Arbeitsmethode!

Vorher aber wäre zu untersuchen, ob es nicht neben diesen äußeren Mitteln Wege zur inneren Leistungssteigerung gibt, d. h. zu Mehrleistung mit gleicher Personal und gleicher Zeit. Wir scheinen ein solches Mittel gegeben in einer Änderung der Arbeitsmethode in der Ausleihe. Die so schwer empfundenen Uebelstände der Massenausleihe sind auf Seiten des Personals die vorwiegende Inanspruchnahme durch äußere mechanische Berichtigungen bei erzwungener Zurücktreten seiner wichtigsten Funktion, der Leservermittlung, und auf Seiten des Lesers die oft unnötig lange Wartezeit bei völliger Untätigkeit. Wie oft bedauert der geplagte Bibliothekar, daß ihm die Rücksicht auf die übrigen Wartenden ein genaueres Eingehen auf die Sonderwünsche des einzelnen Lesers unmöglich macht. Wie gern möchte der ungeduldige Entleiher dem Bibliothekar einen Teil seiner Arbeit abnehmen, um so das ärgerliche Warten abzukürzen! Könnte nun nicht beiden geholfen werden, indem man eine Art Arbeitsteilung einführt? Ich glaube, daß sich auf diesem Wege eine gewaltige Zeitersparnis erzielen ließe.

Dem Leser könnte zum Beispiel die Ausstellung der Belege (Quittungszettel, Verleihungstragung) überlassen werden, für die sich unschwer auch einfachere zu handhabende Formen finden ließen; das würde die Bücherabgabe auf den kurzen Raum des Austauschens von Buch und Beleg beschränken. Ebenso könnte der Entleiher die Feststellung des Vorhandenseins eines gewünschten oder empfohlenen Buches bzw. der etwas selbständigere Leser seine Buchwahl selber treffen, indem ihm der Zutritt zu den Bücherräumen gestattet wird. Die Schaffung und zweckmäßige Organisation dieser äußeren Voraussetzungen scheint mir so große Vorteile zu versprechen, daß selbst dadurch nötig werdende grundlegende Änderungen in Raumnutzung und Raumgestaltung der Büchereien in Kauf genommen werden könnten. Im folgenden seien in Kürze diese zu empfehlenden Neuerungen dargestellt.

#### Parlbüchereien sollte man schaffen!

Zunächst ist der freie Zutritt unter großstädtischen Verhältnissen nicht denkbar ohne Sicherheitsmaßnahmen, die in dem Schutz der Bücher vor Herausnahme aus den Regalen durch vor den Lesern anzubringende Querstangen oder Drahtgitter oder Glascheiben zu bestehen hätten. Sodann wäre die für die ungehinderte Bewegung der suchenden Leserschaft schlecht geeignete Längsform der Regale mit ihrer für die Lichtausnutzung immer ungünstigen Parallelanstellung zu vertauschen gegen eine runde Regalform, d. h. vier-, fünf- oder sechseckige Bücherbehälter von turmähnlicher Gestalt, die die Beschauer bequem im Kreis grupplieren und bei zweckentsprechender Anordnung der natürlichen Lichtquelle eine gleichmäßig gute Beleuchtung aller Regalfächer und -fächer gewährleisten. Die beste Lichtausnutzung würde ein schmaler doppelseitig beheizter Raum ermöglichen, in welchem die Bücherbehälter (ein jeder mit Raum für 1000 bis 1500 Bände) in schachbrettartige Anordnung aufzustellen wären. Solche Räume wären, da sie in vorhandenen Gebäuden wohl kaum existieren, mit den nötigen Nebenräumen zusammen in eigenen

Bauten kleineren Umfangs zu erstellen, und zwar gut sichtbar an viel besuchten öffentlichen Orten, wie in Parkanlagen, auf Schmuckplätzen, in geräumigen Höfen städtischer Gebäude usw.

#### Mit wenigen Kosten große Vorteile.

Das hört sich an wie ein weltläufiges Programm; doch scheinen diese Maßnahmen im Einzelfall schnell und ohne große Aufwendungen durchführbar. Die Kosten, sicher geringer als die von Umbauten bei Neueinrichtung von Büchereien der heutigen Art, würden reichlich aufgewogen durch Vorteile verschiedener Art (über die zunächst angestrebte Leistungserhöhung hinaus). Materiell ergäbe sich eine gewisse Ersparnis für die Gemeinden durch Wegfall teurer Mieten für Privaträume und Freiwerden von Räumen in Schul- und anderen Amtsgebäuden. Für das Volksbüchereiwesen wären zwei erhebliche Vorteile erreicht: architektonisch die Gewinnung eines zweckfördernden Bauprinzips, das die Sicherung

der bestmöglichen Lichtausnutzung zum beherrschenden Gesicht für den Büchereibau erklärt; betrieblich der Zeit und Mühe sparende Abbau der Schranken zwischen Buch und Leser.

Nicht gering ist auch der ideelle Gewinn anzuschlagen, den die Sache des Volksbüchereiwesens aus einer solchen Umgestaltung ziehen würde. Das bibliothekarische Personal, von dem zuviel an mechanischer Arbeit entlastet zugunsten einer freieren Entfaltung seiner vornehmsten Funktion, der Beratungstätigkeit, würde mit gesteigerter Berufsfreudigkeit auch wachsende Erfolge seiner volkswirtschaftlichen Arbeit erzielen. Die Leserschaft, nicht mehr durch lästigen Wartezwang und bürokratische Behandlungsmethoden verärgert, würde gerne und mit Nutzen die Möglichkeit individueller Selbstbetätigung wahrnehmen, andererseits aber auch ebenso gern von der Gelegenheit, sich in eingehender und über den augenblicklichen Zweck hinaus wirkender Art bei der Buchwahl beraten zu lassen, Gebrauch machen. Die frei und angenehm gestaltete Bedienungsart würde die Büchereien in immer weiteren Volksschichten Interesse und Sympathie erwerben und sie erst zu dem populären Volksbildungsmittel machen, als welches sie gedacht sind.

Aus allen diesen Gründen ist der Wunsch berechtigt: Heraus mit den Volksbüchereien aus den ungenügend hellen und büchereiwidrig gebauten großen Gebäuden! Her mit einem zweckmäßig und gefällig gestalteten Eigenbau für mittlere Büchereien! Her mit der Parkbücherei!  
Viktor Unikower.

## Schultausch als Planwirtschaft

### Warum das Leibniz-Gymnasium umziehen muß / Keine Nachteile für die Schüler

Zu der Verlegung des Leibniz-Gymnasiums im Berliner Osten hatte der „Vorwärts“ Zuschriften aus Kreisen der Elternschaft veröffentlicht, die dem Plan der Schulverwaltung ablehnend gegenüber standen. Hierzu schreibt uns als guter Sachkenner ein sozialdemokratischer Stadtverordneter, der selbst einmal Schüler dieses Gymnasiums war, folgendes:

Es ist unerklärlich, daß in Kreisen der Elternschaft die Meinung besteht kann, daß nach dem Urteil aller Sachkenner eine Verlegung des Leibniz-Gymnasiums den Untergang des letzten Gymnasiums des Berliner Ostens bedeuten würde. Denn beide in Frage kommenden Schulen sind räumlich kaum 500 Meter von ein-

ander entfernt, also in längstens 5 Minuten bequemer Gehzeit zu erreichen. Für die Schüler, welche vom Süden, Westen oder aus der Gegend des Ostkreises Treptow kommen, würde die Verlegung eine Verkürzung des Schulweges um etwa 5 Minuten bedeuten, während die Schüler aus dem Norden, also aus der Gegend des Friedrichshains, 5 Minuten länger zu laufen hätten.

**Die Partei mahnt:**  
Wo bleibt der zweite Mann?  
**Alle Mann an Deck!**  
Gewinnt den zweiten Mann auch für den „VORWARTS“

ander entfernt, also in längstens 5 Minuten bequemer Gehzeit zu erreichen. Für die Schüler, welche vom Süden, Westen oder aus der Gegend des Ostkreises Treptow kommen, würde die Verlegung eine Verkürzung des Schulweges um etwa 5 Minuten bedeuten, während die Schüler aus dem Norden, also aus der Gegend des Friedrichshains, 5 Minuten länger zu laufen hätten.

Die Leute, die von einem Umzug des Gymnasiums im Falle der Verlegung sprechen, gründen ihre Vermutung darauf, daß sie sagen: Die Eltern würden ihre Söhne nicht in ein Gymnasium schicken, dessen Unterrichtsräume, wie bei der Michaels-Oberrealschule, in einem Hinterhaus untergebracht sind. Vom Gesichtspunkte eines ruhigen und geordneten Schulbetriebes aus gesehen, sind in Hintergebäuden befindliche Unterrichtsräume, wenn sie sonst allen Anforderungen genügen, geeigneter als solche im Vorderhaus eines in belebter Straße gelegenen Gebäudes.

Der sozialdemokratische Stadtschulrat Rndahl bestreitet ganz entschieden, ernstlich den Vorschlag gemacht zu haben, 4 bis 6 Klassen der Karl-Michaels-Oberrealschule in das Leibniz-Gymnasium zu verlegen und den größten Teil der Schule in den jetzigen Räumen zu lassen. Genosse Rndahl hat, als er vom Lehrerkollegium und der Elternschaft befragt wurde, wohl zugefugt, daß er diesen Vorschlag prüfen werde, nach Prüfung jedoch keinen Zweifel darüber gelassen, daß er diesen Weg für ungangbar hält.

Die klare Sachlage in dieser Angelegenheit ist sowohl vom Standpunkte der Schulverwaltung als auch vom Standpunkte der Fachleute und Sachkenner folgende: Das Leibniz-Gymnasium hat Ende der neunziger Jahre über 500 Schüler gehabt und ist nach dem Kriege auf 254 herabgefallen. Es hat für 10 Schulklassen 24 Unterrichtsräume, wobei zu bemerken ist, daß die Zahl der Klassen sich im Laufe des Jahres auf 9 reduzieren wird. Die Karl-Michaels-Oberrealschule dagegen hat zur Zeit 15 Klassen und wird, da sie im Aufbau bis zur Oberprima begriffen ist, noch im Laufe dieses Sommers 17 Klassen mit über 500 Schülern haben. Für diese stehen im jetzigen Gebäude nur 18 Räume zur Verfügung. Da es sich bei dieser Oberrealschule um eine nach dem Fachklassenprinzip einrichtete Anstalt handelt, sind mehrere Räume für den naturwissenschaftlichen Unterricht notwendig. Wenn man also die Zahlen vergleicht: 24 Räume für 10 Klassen im Leibniz-Gymnasium und 18 Räume für 17 Klassen Normalunterricht plus 7 naturwissenschaftliche Klassen in der Karl-Michaels-Oberrealschule. Man erkennt also, daß im Leibniz-Gymnasium mehrere Räume dauernd leer stehen, während in der Oberrealschule ein großer Teil Räume fehlen, ein Umstand, der das Proporzschulkollegium veranlaßt hat, seinerzeit die größten Bedenken geltend zu machen, daß dort ein geordneter Schulbetrieb aufrechterhalten werden kann.

### Erhaltet den Tiergarten!

#### Neue bedrohliche Senkung des Grundwasserspiegels.

Die Verwaltung des Tiergartens hat für den Staatshaushalt des Jahres 1931 einen besonderen Posten als einmalige Ausgabe angefordert: 14 000 Mk. zur Einrichtung von Grundwasserbeobachtungsstellen. Die seit Jahren fortschreitende Senkung des Grundwasserstandes droht den Baumbestand des Tiergartens ernstlich zu gefährden. Brunnen, deren Anlage in Form von Grundwasserbeobachtungsrohren geplant ist, sollen nun die Beobachtung des Grundwasserstandes ermöglichen und dadurch die Voraussetzungen für zweckentsprechende Abwehrmaßnahmen schaffen.

### Droschen'arif unberechtigt hoch!

Der Magistrat hat dem Polizeipräsidenten mitgeteilt, daß er trotz der ablehnenden Haltung des Kraftdroschkenverbandes der Herabsetzung des Zuschlags für Kraftdroschken von 20 auf 10 Pf. zustimmt.

Die Verkehrsdeputation hat erneut eine Wirtschaftsberechnung aufgestellt, nach deren Ergebnis infolge Verbilligung des Preises für Benzin und Gummi dem Magistrat eine Herabsetzung des Zuschlags durchaus tragbar erscheint.

Die Beisetzung des Genossen Franz Rothensfelder findet am Sonnabend, dem 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Eichwalde, Bahnstraße Königswusterhausen, statt.

**A·HEFTER**  
SEIT 75 JAHREN

**Hefter am Spittelmarkt**  
Unsere Filiale, Spittelmarkt 14a, ein Vorbild moderner Hygiene und Zweckmäßigkeit, wurde soeben eröffnet.

**Hefters Qualitätsfleischwaren**

heute besonders preiswert:	per Pfund
Kalbfleisch	von an Mk. 0,93
Rinderrouladen	1,30
Schulerblätter	1,00
Kassler	von an 1,10
Kassle Schuff	1,10
Kassler Rippchen	1,00
Lieser	1,70

**Hefters Ausnahmearbeit**

	per Pfund
Fetter Speck	Mk. 0,98
Schinken	0,92
Schinkensp. ck. i. G.	1,60
Magerer Speck	1,41
Gelbeschmalz	0,88
Bratenschmalz	0,72
Breslauer	1,00
Landeswurst	0,98
Landeswurst	1,00

Ab Donna star jeder Woche:  
Hefters Spezial-Leberwurst, frisch aus dem Urschmelz, per Pfund Mk. 2,00  
Preisänderung für alle Filialen: MURKUR 0040-0043

**A·HEFTER**





# Henschel übernimmt die Hanomag.

## Abschluß der Lokomotiv-Konzentration.

Der führende Konzern in der deutschen Lokomotivindustrie, die Henschel u. Sohn A.-G. in Kassel, hat jetzt mit der Hanomag (Hannoversche Maschinenbau A.-G.) einen Vertrag abgeschlossen, wonach das Unternehmen seine Lokomotivquote an Henschel verkauft und damit künftig die Lokomotivfabrikation einstellt. Die Lokomotivabteilung der Hanomag bleibt zur Abwicklung der laufenden Aufträge zunächst noch in Betrieb. Die Stellung von Henschel wird durch die Übernahme des Hanomag-Lokomotivbetriebes sehr verstärkt und erreicht damit eine Gesamtkapazität von annähernd 40 Proz. Ueber die Einzelheiten des Vertrages ist noch nichts Näheres bekannt, jedoch bemerkt man den Kaufpreis, den Henschel für die Übernahme des Hanomag-Betriebes bezahlt, auf etwa 5 Millionen Mark. Bei den großen ständigen Mitteln, die dem Henschel-Konzern nach der Abstoßung seiner schwerindustriellen Beteiligungen, der Henrichshütte in Hattingen und der Essener Steinkohlenwerke, zur Verfügung stehen, wird Henschel diese Summe leicht aufbringen können. Andererseits hat die Geldknappheit bei der Hanomag für die Abstoßung des Lokomotivbaues offenbar den Ausschlag gegeben, denn im Laufe der Zeit über zwei Jahre während der Konzentrationsbewegung in der Lokomotivindustrie hat die Hanomagverwaltung sich stets

Fortschritt bezeichnet werden. Von dem in der Kriegszeit und besonders in den Inflationsjahren so

### ungefunden ausgeblühten Produktionsapparat

der Lokomotivindustrie sind jetzt nach Beendigung der Zusammenlegungen noch folgende größere Werke übriggeblieben:

- Henschel u. Sohn A.-G., Kassel;
- Vorsig-AG., Berlin-Hennigsdorf;
- Krupp, Essen;
- Schwarzkopff, Berlin-Wildau.

Außerdem sind noch die durch öffentliche Subventionen gehaltenen Schichauwerke A.-G. in Elbing, sowie die Krauß-Walfai-Werke in München und die Maschinenfabrik Eßlingen übriggeblieben. Der Drenstein u. Koppel-Konzern, der in der deutschen Fahrzeugindustrie gleichfalls eine bedeutende Rolle spielt, wird vermutlich auf Grund der letzten Verhandlungen künftig bei Lokomotivbestellungen der Reichsbahn auch auscheiden und mit höheren Wagenbestellungen entschädigt werden. Im übrigen lag das Schwergewicht bei Drenstein u. Koppel stets im Feldbahnbau mit sämtlichem Zubehör und in der Waggonabteilung. Die Fabrikation von normalspurigen Dampflokomotiven hat bei diesem Unternehmen niemals eine entscheidende Rolle gespielt.

Die Zusammenlegung im Lokomotivbau ist von allen Seiten und trotz aller Härten für die Belegschaften mit gewissen Vorbehalten auch von den Gewerkschaften als Voraussetzung für eine Uebergehung dieser Krisenindustrie angesehen worden. Es ist aber

### eine schlimme Bilanz,

die nach dem Abschluß der Konzentration zu ziehen ist. Unter den Werken, die auf der Strecke blieben, sind Unternehmungen von Weltruf. Neben der Hanomag, die sich ganz besonders in Südamerika mit ihren Maschinen durchsetzen konnte, ist besonders die Chemnitzer Maschinenbauanstalt vormals Hartmann zu erwähnen, die das repräsentativste Maschinenbauunternehmen Sachsens gewesen ist. Die Geschichte der deutschen Lokomotivindustrie in der Nachkriegszeit stellt ein besonders unerfreuliches Kapitel der ziel- und planlosen Produktionspolitik im kapitalistischen System dar, deren Rückschlüsse in Form von

### Betriebsstillegungen und Massenentlassungen

immer wieder am härtesten die Belegschaften treffen. Das Ergebnis der seit sechs Jahren anhaltenden Krise und der Zusammenlegungen für die Lokomotivarbeiter und Angestellten ist, daß von dem Stamme dieser hochqualifizierten Arbeiter und Techniker sich nur noch ein kleiner Rest in den Betrieben befindet. Die Reichsbahnaufträge, die jetzt für die nächsten drei Jahre vergeben sind — für 1931 sind es 108 Maschinen — reichen nicht aus, um einen Neubau der Belegschaften zu gewährleisten. Hierzu muß erst eine Besserung auf dem zerrütteten Weltmarkt eintreten, auf dem der deutsche Lokomotivbau sich in den letzten Jahren mit Erfolg durchgesetzt hat.

### für eine weitere Durchschleppung ihres mit Verlust arbeitenden Lokomotivbetriebes

bis zum Eintritt besserer Zeiten eingeseht. Da aber das Schwergewicht bei diesem Unternehmen infolge des Arbeitsmangels in der Lokomotivabteilung sich mehr und mehr zum Automobilbau hin verlagert hat — der Anteil der Lokomotivumsätze betrug 1929 am Gesamtumsatz gemessen höchstens 25 Proz. —, so hat sich bei der Hanomagverwaltung zweifellos die Ueberzeugung durchgesetzt, daß das Unternehmen, auf weite Sicht gesehen, besser fährt, wenn die Fabrikation auf den offenbar gut eingeschlagenen Automobilbau, den Dampfessel- und Traktorenbau beschränkt und die ständige Verlustquelle des Lokomotivbaues verstopft wird.

Nach dem kürzlich vollzogenen Zusammenschluß zwischen Vorsig und der AG., der zur Bildung einer gemeinsamen Betriebsgesellschaft der „Vorsig-AG. Lokomotivbau G. m. b. H.“ geführt hat, muß die jetzt vollzogene Aktion zwischen Henschel und der Hanomag als der Abschluß der Konzentrationsbewegung in der Lokomotivindustrie angesehen werden.

Die Zusammenschlußaktionen in dieser ausgesprochenen Krisenindustrie haben im August 1929 eingeseht und das Ergebnis gezeigt, daß von den rund 20 Lokomotivbau-Unternehmungen bis Ende vorigen Jahres nur noch zehn Betriebe übriggeblieben sind. Um aber die Rationalisierung in dieser Industrie wirklich erfolgreich zu gestalten, mußte der Zusammenstoß so scharf durchgeführt werden, daß die verbleibenden Betriebe mit ihrer Leistungsfähigkeit den vorhandenen Absatzmöglichkeiten bei der Reichsbahn und auf dem Weltmarkt angepaßt wurden. Diese Anpassung war aber mit der Reduzierung auf zehn Betriebe noch nicht erreicht. Die beiden kurz hintereinander erfolgten Aktionen zwischen Vorsig und der AG. sowie Henschel und der Hanomag, die in ihrer Bedeutung alle früheren Zusammenschlüsse bei weitem übertreffen, können daher als ein wesentlicher

des Vorjahres zurück. Dagegen war die Zahl der Wohnungen, für die Bauanträge gestellt wurden, um 30 Proz. höher, während die Zahlen der erteilten Bauereulabnisse sich etwa bedien. Das zusätzliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung, das sich voll erst bei den Bauvollendungen im Jahre 1931 auswirken wird, macht sich außer bei den Bauanträgen auch bei den Baubeginnen bemerkbar; diese weisen mit 12 360 gegenüber November 1929 (8800) eine Steigerung um 40 Proz. auf.

In den ersten elf Monaten des Jahres 1930 war die Zahl der Bauereulabnisse um 25 Proz. kleiner als in der gleichen Zeit des Vorjahres; die Zahl der Baubeginne ging von 128 100 auf 108 000 Wohnungen, also um fast 20 Proz., zurück.

## Die deutsche Geflügelzucht.

Bei der Eröffnung der Jubiläumsausstellung des Bundes Deutscher Geflügelzüchter in Leipzig machte der Vorsitzende Prof. Dr. Schachtzabel interessante Ausführungen. Der Gesamtwert der deutschen Geflügelzucht an Eiern und Fleisch (1929 gleich 1063 Millionen Mark) ist um mehr als 300 Millionen Mark höher als der der gesamten deutschen Weizenerte. Daß die deutsche Landwirtschaft auf dem Gebiete der Geflügelzucht noch große Möglichkeiten hat, geht daraus hervor, daß zu der eigenen Produktion noch Eier und Geflügel im Werte von etwa 400 Millionen Mark jährlich eingeführt werden müssen.

Daraus ergeben sich wichtige Folgen und Aufgaben für die deutsche Agrarpolitik. Eine Hebung der Geflügelzucht liegt im Interesse der Landwirtschaft wie einer Besserung der Handelsbilanz. Ein Anfang in dieser Richtung ist gemacht durch Schaffung des „Deutschen Frischeies“ als Standardware. Eine Absatzorganisation auf genossenschaftlicher Grundlage für den Eierabsatz ist nunmehr auch geschaffen. Jetzt ist es Aufgabe der Landwirtschaft, die Eierzeugung auf eine solche Höhe zu bringen, daß die Genossenschaften ohne Zeitverlust mit der ausreichenden Menge von Eiern in der vorgeschriebenen Qualität beliefert werden können. Das ist nur möglich durch Verbesserung der Zucht von Hühnern.

Bei der Lösung dieser Aufgabe, die die Lage der Landwirtschaft im ganzen Reich wesentlich bessern kann, muß das Reich die Führung übernehmen. Ein Schutz der Geflügelwirtschaft durch Zölle empfiehlt sich nicht, da eine Verteuerung der Produkte und damit eine Einschränkung des Verbrauchs unvermeidbar wären. Es bleibt nur der andere Weg: die Verbilligung der Futtermittel. Dieser Forderung steht die zur Zeit befolgte Agrarpolitik entgegen; die Stützungsaktion für Getreide verteuert die Futtermittel, also die Eierzeugung, ohne der Landwirtschaft wirklichen Nutzen zu bringen.

## Die Stahlwerke im Dezember.

### Produktion weiter rückgängig.

Die Rohstahlgewinnung der deutschen Stahlwerke stellte sich nach den Feststellungen der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ im Monat Dezember auf 0,74 gegen 0,73 Millionen Tonnen im November 1930. Die arbeitstägl. Leistung ist mit 30 987 Tonnen gegen 32 123 Tonnen im November weiterhin erheblich zurückgegangen, da der Dezember einen Arbeitstag mehr hatte. Insgesamt ging im Jahre 1930 die Rohstahlproduktion auf 11,5 gegen 16,2 Millionen Tonnen im Jahre 1929 zurück. Die arbeitstägl. Leistung, die im vorhergehenden Jahr 53 266 Tonnen betragen hatte, ist 1930 auf den sehr niedrigen Stand von 38 081 Tonnen gesunken. Die Stahlerzeugung in Deutschland ist also im letzten Jahr um rund 29 Proz. gefallen.

Nicht viel günstiger ist die Bilanz der Hochofen, die mit einer Roheisenerzeugung von 9,69 Millionen Tonnen gegenüber 13,4 Millionen Tonnen im Jahre 1929 einen Produktionsverlust von 27,7 Proz. aufweisen. — Auch im Dezember ist die Roheisenerzeugung mit 0,61 gegen 0,63 Millionen Tonnen im vorhergehenden Monat weiter gesunken und hat mit einer arbeitstägl. Leistung von nur 19 834 Tonnen einen Rekordtiefstand erreicht.

### Leichte Besserung im Verabau.

In der Berichtswoche vom 4. zum 10. Januar hat sich die Kohlenförderung weiter leicht gebessert. Sie stellte sich auf 1,88 gegen 1,59 Millionen Tonnen in der Vorwoche und erreichte arbeitstägl. eine Förderleistung von 334 444 gegen 318 307 Tonnen in der Vorwoche. Auch die arbeitstägl. Kohlerzeugung ist mit 38 390 Tonnen etwas gestiegen. Auch der Absatz des Ruhrkohlenindex hat sich in der Berichtswoche gehoben, denn die Halbenbestände haben sich um mehr als 110 000 auf 3,29 Millionen Tonnen für Kohle vermindert und auch bei den Kohlevorräten ist erstmalig eine, wenn auch unwesentliche, Verringerung der Halbenbestände festzustellen.

## Die Petroleumerzeugung der Welt.

Im Jahre 1930 hat sich erstmalig die Petroleumproduktion in der Welt vermindert; nach einer amtlichen Schätzung der Vereinigten Staaten belief sie sich auf 201,46 Millionen Tonnen. Die Produktionsentwicklung seit 1913 zeigt folgendes Bild:

Jahr	Weltproduktion	Ver. Staaten
1913	53,4 Millionen Tonnen	34,0 Millionen Tonnen
1925	148,3	104,6
1928	183,5	123,6
1929	206,0	136,2
1930	201,5	121,3

Die Produktionsherabsetzung in den Vereinigten Staaten war also um rund 10 Millionen Tonnen größer als diejenige in der gesamten Welt, ein Zeichen dafür, daß die planmäßige Produktions einschränkung der großen amerikanischen Konzerne erfolgreich gewesen ist. Insofern ist auch der amerikanische Anteil an der Gesamtproduktion von 68 Proz. 1929 auf 62 Proz. im letzten Jahr. Zu den Ländern, deren Produktion entgegen dieser internationalen Entwicklung gestiegen ist, gehört in erster Linie Rußland; seine Erdölproduktion stieg von 18,5 Millionen Tonnen auf über 16 Millionen Tonnen. So daß sein Anteil an der Weltproduktion auf etwa 8 Proz. stieg. Die Produktion von Venezuela stieg um etwa 300 000 Tonnen. Prozentual sehr stark gestiegen ist auch die deutsche Erdölförderung — sie ist von 103 000 Tonnen 1929 auf schätzungsweise 150 000 Tonnen 1930 angewachsen — doch ist die erreichte Gesamtproduktion immer noch so klein, daß sie noch weniger als 0,1 Proz. der Weltproduktion ausmacht.

# Baubilanz für das Jahr 1930.

## Gesamter Produktionswert 7 Milliarden Mark. — Kein Konjunkturausgleich!

Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem Wochenbericht vom 14. Januar einen Ueberblick über die Bautätigkeit im verflochtenen Jahre. Wie nicht anders zu erwarten war: der Umfang der Bautätigkeit ist zum ersten Male seit der Stabilisierung gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen, weil die Not der Krise Handel und Industrie zu einer starken Verminderung der gewerblichen Bautätigkeit zwang, weil die Finanznot der öffentlichen Hand zu Sparmaßnahmen in erster Linie im Bauprogramm führte.

Das Gesamtergebnis der Bauproduktion bleibt daher mit 7,1 Milliarden Mark um 1,8 Milliarden Mark oder um 20 Proz. hinter dem Ergebnis des Jahres 1929 zurück. Bemerkenswerterweise war der Rückgang am geringsten beim Bau gewerblicher Anlagen, der in den letzten Jahren etwa ein Drittel der Gesamtproduktion ausmachte. Der Rückgang betrug etwa 300 Millionen Mark oder 10 Proz. Der Umfang des Wohnungsbauverringerte sich um 500 Millionen oder 13 Proz., die Bautätigkeit der öffentlichen Wirtschaft aber ging um eine Milliarde oder 37 Proz. zurück.

### Die Einwirkungen der Wirtschaftskrise

beeinflussten unmittelbar die gewerbliche Bautätigkeit. Auf den Wohnungsbau wirkte die Konjunkturerfischung nur mittelbar, auf dem Umwege über die Verschlechterung der öffentlichen Finanzlage, ein. In den Jahren 1924 bis 1929, in denen mehr als die Hälfte der dem Wohnungsbau zugeführten langfristigen Kapitalien von der öffentlichen Hand stammten, wurde überhaupt kein Konjunkturlauf festgestellt; der Umfang ist ständig größer geworden. Aber im Jahre 1930 trat der starke Rückgang ein, weil die Bauproduktion durch Vorgriffe im Jahre 1929 und durch die bedrängte Lage der Gemeindefinanzen stark beschränkt waren.

Die öffentliche Bautätigkeit (einschließlich Tiefbau) ist von etwa 2,75 auf 1,75 Milliarden zurückgegangen. Als man sich, in glücklicheren Zeiten, über die Möglichkeiten einer systematischen Konjunkturpolitik zum Zwecke der Konjunkturbeeinflussung unterhielt, wurde das Gebiet der öffentlichen Bautätigkeit als dasjenige bezeichnet, das am stärksten konjunkturausgleichend wirken könnte und mußte. Wenn in der Depressions des Jahres 1926 die öffentliche Bautätigkeit in gewissem Grade in diesem Sinne gewirkt hat, in der Not des Jahres 1930 hat sie dieser Aufgabe gegenüber völlig versagt. Die Ordnung der öffentlichen Finanzen erforderte in solchem Umfange Sparmaßnahmen, daß das öffentliche Bauprogramm im Rahmen der gesamten Bauwirtschaft den stärksten Rückgang aufzuweisen hat — statt Konjunkturausgleich ist also eine Krisenverschärfung eingetreten. Diese Feststellungen

sind die denkbar deutlichste Mahnung gegen den Plan der Reichsregierung, zum Zwecke der Realsteuerentlastung einen bedeutenden Teil der Hauszinssteuererlöse dem Bauprogramm zu entziehen.

### Die Zukunftsaussichten für das neue Baujahr

sind nicht gerade rosig. Das Institut rechnet mit einem weiteren Rückgang der gewerblichen Bautätigkeit, da die Industrie erst bei ansteigender Konjunktur Reuanlagen herstellen wird. Mit einer Belebung der öffentlichen Bautätigkeit ist angesichts der angespannten Finanzlage erst recht nicht zu rechnen. Wenn tatsächlich ein Teil der Hauszinssteuererlöse zur Realsteuerentlastung verwendet wird, so wird auch ein weiterer starker Rückgang des Wohnungsbauverringert. Daran wird selbst eine Erleichterung des Kapitalmarktes, eine Zinsverbilligung nichts ändern, weil die Finanzierung des Wohnungsbauverringert von den öffentlichen Geldern abhängt.

Abgesehen von dem Rückgang der Bautätigkeit gibt es aber für den Wohnungsbau ein Sonderproblem, das seinen Grund in der ständigen Verkleinerung der neuerrichteten Wohnungen hat. Diese Erscheinung schränkt zugleich den Arbeitsaufwand je Wohnung und die Beschäftigungsmöglichkeit des Baugewerbes ein. Die Durchschnittsgröße der Wohnungen ist von 1928 bis Anfang 1930 von 3,9 auf 3,7 Räume zurückgegangen; sie ist inzwischen weiter gesunken und wird im Jahre 1931 weiter sinken. Diese ständige Verkleinerung wird durch die Marktlage erzwungen, da die Wohnungsuchenden bei durchschnittlich geringem Einkommen die hohen Mieten nur für kleine Wohnungen zahlen können. In späterer Zeit, wenn die Wohnungsnot einmal beseitigt sein wird und wenn die Einkommen bei allgemeiner Besserung der Wirtschaftslage steigen, dann werden zahlreiche solche Kleinwohnungen nicht zu vermieten sein. Das Institut ist der Ansicht, daß man schon jetzt, beim Neubau, auf die Möglichkeit künftiger Zusammenlegung mehrerer kleiner Wohnungen zu einer größeren Rücksicht nehmen sollte.

### Die genauen Zahlen

für die Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1930 liegen erst bis Ende November nach den Meldungen von 92 Groß- und Mittelstädten vor. In den ersten 11 Monaten des Jahres 1930 sind 149 000 Wohnungen fertiggestellt worden, das sind 6000 mehr als im ganzen Jahre 1929 und 21 000 mehr als im ganzen Jahre 1928. Dieses günstige Ergebnis ist aber eine Folge der Uebernahme einer großen Zahl unvollendeter Bauten aus dem Jahre 1929 ins Jahr 1930.

Im November allein wurden 11 450 Wohnungen fertiggestellt, gegenüber November 1929 (18 850) 39 Proz. weniger. Auch die Zahl der Ende des Monats in Arbeit befindlichen Wohnungen blieb bedeutend, um 38 500 Wohnungen, gegenüber der Zahl

# Schadenersatzklage gegen D.M.B.

## Wegen Abwehr einer Lohnkürzung in Essen.

Seit Monaten schwebt beim Arbeitsgericht Berlin eine Schadenersatzklage der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustriellen gegen den Deutschen Metallarbeiterverband. Die Klage gründet sich auf folgenden Tatbestand:

Solange die Severing-Klausel in Kraft war, durften die damals bestehenden Löhne nicht herabgesetzt werden. Diese Klausel ist später durch den Dönhausener Schiedsspruch aufgehoben. Seitdem gilt wieder die Tarifbestimmung, welche besagt, daß jede Änderung von Akkordlöhnen der Vereinbarung unterliegt und daß sie, wenn eine Vereinbarung nicht zustande kommt, unter Einhaltung der Kündigungsfrist festgesetzt werden können.

Unter Hinweis auf diese Bestimmung hat die Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustriellen ihre Mitglieder im Juni v. J. angewiesen, die Akkordlöhne herabzusetzen. Unter anderem folgte die Firma Schützenhaus u. Linnemann dieser Anweisung. Sie kündigte ihren Arbeitern zu Ende Juni mit dem Bemerkung, daß sie vom 1. Juli ab zu den von der Firma festgesetzten verkürzten Löhnen weiter arbeiten könnten. Eine Vereinbarung über die neuen Löhne war nicht erfolgt. Die Arbeiter waren natürlich mit der ihnen diktierten Lohnkürzung nicht einverstanden. Deshalb blieben sie nach Ablauf der Kündigungszeit der Arbeit fern und wurden vom Deutschen Metallarbeiterverband unterstützt.

Der Unternehmer bezeichnet diese Handlung des Metallarbeiterverbandes als Unterstützung eines tarifwidrigen Streiks und fordert Ersatz eines Schadens von 7000 M., den die Firma Schützenhaus u. Linnemann durch die Arbeitsverweigerung erlitten haben will. Sie hat diese Forderung dem Unternehmerverband jediert, um ihm die Möglichkeit zur Klage zu geben.

Am 31. Oktober und am 6. November waren Termine, über die wir berichtet haben. Das Gericht ist damals zu der Annahme gekommen, daß es kein Tarifbruch ist, wenn die Arbeiter der ge-

nannten Firma die Arbeit zu den herabgesetzten Löhnen ablehnen und daß auch der Metallarbeiterverband durch die Unterstützung dieser Mitglieder keinen Tarifbruch begangen hat. Tarifwidrig wäre es dagegen, meinte das Gericht, wenn der Metallarbeiterverband darüber hinaus die allgemeine Sperre über die Firma verhängt hätte. Ob das der Fall ist, darüber sollte Beweis erhoben werden.

Zu diesem Zweck fand am gestrigen Donnerstag ein neuer Termin unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Rohlfing statt, der den erkrankten Amtsgerichtsrat Dr. Vogt, der die vorigen Verhandlungen geleitet und das Beweisthema formuliert hatte, vertrat. Die Zeugenvernehmung ging weit über das Beweisthema hinaus. Der erste Zeuge, ein christliches Gewerkschaftsmitglied, konnte drei Stunden hintereinander sehr ins einzelne gehende Angaben über den Hergang des Konflikts machen, ohne über das Beweisthema viel mehr sagen zu können, als daß ein Funktionär des Metallarbeiterverbandes in einer Versammlung die Unterstützung durch den Verband zugesagt hatte.

Zwei Stunden lang wurde Linnemann, Mitinhaber der Konstruktionsfirma, vernommen. Er erzählte viel von angeblichen Gewalttaten gegen seine Arbeitswilligen. Als ihn aber Genosse Böhlig als Vertreter des Metallarbeiterverbandes nach Bekundung von Tatsachen fragte, da wußte Herr Linnemann nichts und schließlich mußte er zugeben, daß er aus eigener Kenntnis nichts von Terrormaßnahmen von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes wisse, es habe aber doch in den Zeitungen gestanden. (!) Es wurden noch sechs Zeugen vernommen, die sämtlich Arbeitswilligendienste geleistet hatten. Was sie erzählten, stand meist nur in losem Zusammenhange mit dem Beweisthema.

Da es inzwischen Abend geworden war, wurde die Fortführung der Beweisaufnahme auf den heutigen Freitag vertagt.

## Sind Portiers vogelfrei?

### Die Rotverordnung setzt sie auf die Straße.

Eine Funktionärkonferenz der Gruppen Wohnhausportiers des Gesamtverbandes befaßte sich mit der Rotverordnung des preussischen Wohlfahrtsministers vom 10. September und der der Reichsregierung vom 1. Dezember 1930 und der Folgen für die Portiers. Zum 31. März sind bereits Hunderte von Kündigungen ausgesprochen worden und täglich erfolgen weitere Kündigungen.

bleiben diese Rotverordnungen unanändert bestehen, dann liegen am 1. April Tausende von Portiers und Hausreinigungsfrauen mit ihren Familien auf der Straße.

Es werden Menschen davon betroffen, die Jahre und Jahrzehnte ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Was kümmert es den Hausbesitzer, wenn über lausende Proletarierfamilien das größte Elend hereinbricht; die Arbeits- und Obdachlosigkeit.

Ist die Gemeindebehörde in der Lage, den obdachlos werdenden Portiers menschenwürdige Wohnungen zu verschaffen? Reichen die Mittel für Obdachlose aus, oder ist das Straßensplaster, sind die Bartonlogen dafür ausgerechnet, diese Vermittler der Armen unterzubringen?

Den Hausbesitzern ist es in der Hauptsache um die Beseitigung des Tarifvertrages zu tun. Obwohl die Lohnsätze in keinem Verhältnis zur Arbeitsleistung stehen, ist den Hausbesitzern jede Bezahlung zu hoch. Natürlich sollen auch die Mietsen für die Portierwohnungen bedeutend gesteigert werden, da diese nun auch aus der Mietzinsbildung herausgenommen wurden. In zahllosen Kündigungen kommt das deutlich zum Ausdruck. Man ist unter Umständen bereit, neue Verträge zu schließen. Doch dann lautet die Parole: Vogel friß oder stirb!

Was haben sich eigentlich die Minister bei Erlass dieser ungenehmigten Verordnungen gedacht? Sie tragen die Schuld, wenn Tragweilung die Unglücklichen paßt. Aber auch die Stadtbehörden tragen die Verantwortung dafür. Der Wahnwitz an den Magistrat scheint ungehört verhallt zu sein! Die Konferenz wendet sich daher an die Öffentlichkeit, um die Behörden dahin zu bringen, ungenehmigtes Elend zu verhindern. Es geht einfach nicht, daß eine Proletarierfahndung, die schwer um ihr Dasein ringt, dem Hausbesitz zu Liebe auf die Straße gesetzt wird.

Wir hoffen, daß dieser Appell an das soziale Gewissen der maßgebenden Stellen nicht ungehört verhallt.

## Preussische Staatsbank verurteilt.

### Sie will Angestellte nicht aufrücken lassen.

Von wenig sozialem Geist bei der Personalabteilung der Preussischen Staatsbank zeugte eine Verhandlung vor der Kammer I des Arbeitsgerichts Berlin am Mittwoch gegen dieses staatliche Bankinstitut. Zwei weiblichen Angestellten im Alter von 31 und 41 Jahren wurde nach neundreizehtjähriger Tätigkeit gekündigt, trotzdem ihre Leistungen bis dahin niemals bemängelt wurden. Nach Angabe der Personalabteilung sollten ihre Leistungen plötzlich nicht mehr ausreichend sein, um sie in das beamtensähnliche Angestelltenverhältnis zu übernehmen, in das jeder Angestellte nach dem Tarifvertrag für die preussischen Staatsangestellten nach zehnjähriger Tätigkeit übergeführt werden muß.

Raum und dreiviertel Jahre lang hatte man in diesen beiden Angestellten die Hoffnung genährt, daß sie nach zehnjähriger Beschäftigung in ein Aufstiegsverhältnis kommen, das nur aus einem ganz wichtigen Grund gelöst werden kann. Einen Tag vor der Kündigung sagte man ihnen erst, daß man mit ihren Leistungen nicht zufrieden sei und die Staatsbank deshalb auf ihre weitere Arbeitsleistung verzichten müsse.

Dieses Vorgehen ist — wie der Vertreter der Klägerinnen, Dr. Ollendorf vom Allgemeinen Verband der Bankangestellten, mit Recht anführte — ein offensichtlicher Verstoß gegen die guten Sitten und eine bewußte Umgehung des Tarifvertrages für die preussischen Staatsangestellten. Als das wurde die Kündigung auch vom dem Arbeitsgericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Wöhner gemietet.

Die juristischen Klageleiten des Vertreters der Preussischen Staatsbank, sowie sein Hinweis, daß das Institut überhaupt nicht zur Mitteilung eines Kündigungsgrundes verpflichtet sei, bewährten die Beklagte nicht vor dem Urteil, das die Kündigung für rechtlich unwirksam erklärt.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß die Kündigung gegen den § 162 BGB. verstoße, in dem es heißt: „Wird

der Eintritt der Bedingung von der Partei, zu deren Nachteil er gereichen würde, wider Treu und Glauben verhindert, so gilt die Bedingung als eingetreten.“

Diese Bedingung ist der Kündigungsschutz nach zehnjähriger Beschäftigung. Im übrigen verstoße diese Kündigung ganz offensichtlich gegen die guten Sitten. Nach neundreizehtjähriger Tätigkeit steht der Staatsbank nicht mehr das Recht zu, die Leistungen von Angestellten zu prüfen, die auf Grund des Tarifvertrages in Kürze in ein festes Angestelltenverhältnis übergeführt werden müssen. Eine derartige Prüfung hätte früher erfolgen müssen und können. Auf eine Beweisführung komme es daher gar nicht mehr an.

## Gehaltskürzung der Behördenangestellten.

### Um 5 Proz. durch Schiedsspruch.

Die gestrigen Verhandlungen über Herabsetzung der Gehälter der Angestellten der Reichs- und Staatsbehörden im Reichsarbeitsministerium führten zu einem Schiedsspruch, der eine Gehaltskürzung vom 1. Februar 1931 ab um 5 Proz. festsetzt.

Die im Allgemeinen freien Angestelltenbund (Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband, Allgemeiner Verband der Bankangestellten) zusammengeschlossenen Verbände werden heute noch zu diesem Schiedsspruch Stellung nehmen.

## Tagung der Gastwirtsgehilfen.

### Ehrung des ausgeschiedenen Verbandsvorsitzenden.

Zu einer besonderen Ehrung für den wegen Erreichung der Altersgrenze am 1. Januar freiwillig zurückgetretenen Verbandsvorsitzenden Genossen Rudolf Ströhlinger gestaltete sich die Generalversammlung des Zweigvereins Berlin im Zentralverband der Hotels-, Restaurant- und Caféangestellten am Donnerstag im „Fadischen Hof“. Diese Ehrung galt auch dem neuen Verbandsvorsitzenden, Genossen Saar, der nach zehnjähriger erfolgreicher Leitung des Zweigvereins Berlin an die Spitze des Zentralverbandes berufen wurde, während Kollege Ströhlinger ein Menschenalter hindurch dem Zentralverbande in vorbildlicher Weise gedient hat.

Als Beweis für die umfangreiche Tätigkeit der Organisation im abgelaufenen Jahr, über die der Berliner Vorsitzende Schneider zu berichten hatte, sei nur die eine Tatsache erwähnt: Der Berichtserklärer erklärte unter Zustimmung der Versammelten, daß es im nächsten Jahre wohl einfacher sein würde, diejenigen gastwirtschaftlichen Großbetriebe zu benennen, mit denen der Verband seine Differenzen durchzufechten hätte.

Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde ohne Distinktion einstimmig genehmigt in der Heberzeugung, daß die ehrenamtlichen und bescheidenen Funktionäre des Zweigvereins ihre Pflicht getan haben. Die Versammelten gelobten, den bisherigen Mitglieder- und Kassenbestand nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern trotz der wirtschaftlichen Krise nach Möglichkeit zu erhöhen.

## Verbindlich erklärt.

### Der Schiedsspruch für den oberschlesischen Bergbau.

Die gestrigen Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Schiedsspruch im oberschlesischen Bergbau sind ergebnislos verlaufen.

Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin den Schiedsspruch über die Verlängerung des bisherigen Mehrarbeitszeitabkommens im oberschlesischen Bergbau für verbindlich erklärt.

Die Lohnfrage ist noch nicht geregelt.

Vom Schlichter für Niedertarife ist auf Antrag der Unternehmer der Schiedsspruch für die Bremer Metallindustrie (Landgebiete) für verbindlich erklärt worden.

## Der korrigierte Schiedsspruch.

### Vereinbarung vor dem Schlichter.

Am Montag wurde vor dem Schlichter über den Antrag der Unternehmer auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für das Berliner Möbeltransportgewerbe verhandelt, der vom Schlichtungsausschuß gefällt war und einen Abbau der Löhne bis zu 12½ Proz. vorsah. Der Schlichter bemühte sich, zwischen den Parteien einen Vergleich herbeizuführen, was ihm schließlich nach

fürfeinholbständiger Verhandlung gelang. Es wurde folgende bindende Vereinbarung getroffen:

Der Lohn der ständigen Arbeiter und Packer ermäßigt sich ab 17. Januar von 66 auf 63 Mark und ab 16. Mai auf 61 Mark, für die unständigen Arbeiter beträgt für die gleiche Zeit der Tageslohn anstatt 13 Mark nur noch 12,50 Mark bzw. 12 Mark ab 16. Mai. Der Lohnabbau beträgt bei den ständigen Arbeitern im Durchschnitt gerechnet 6 Proz. und bei den unständigen Arbeitern 5,8 Proz. Hinsichtlich der Neu festsetzung der übrigen Positionen des Tarifvertrages wie der Bezahlung der Überstunden, der Extravergeltung für Geldschranttransporte, Fabrik- und Büroräume usw. kam eine Verständigung auf einer ähnlichen Grundlage zustande.

## Prügelnde Kohlenakfordleute.

### Freigesprochen aus Beweismangel.

Zwei Mitglieder einer Freien Vereinigung der Kohlenakfordarbeiter mit ziemlich bewegter Vergangenheit hatten sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Bandfriedensbruch zu verantworten. Die Vereinigung führte Anfang November einen Streik um einen höheren Akkordlohn. Einem Arbeiter, der nichts mit ihnen zu tun hatte und sich an ihrem Streik nicht beteiligte, gingen vier Mann dieser Vereinigung ab, rissen ihn vom Rade und schlugen ihn zu Boden. Er ließ sein Rad in sich und lief davon; doch die vier Helden holten ihn ein und verabsolgierten ihm „eine proletarische Abreibung“.

Am anderen Morgen bekam ein Kohlenhändler einen Schlag auf den Hinterkopf, und einen Tag später wurde wieder ein Mann von ihnen verprügelt.

Das erste Opfer glaubte in dem Angeklagten P. und B. die Schläger ihrer Statur nach wiederzuerkennen, während der Kohlenhändler nach dem Ansehen B. wiederzuerkennen glaubte. Die Angeklagten bestritten entschieden, daß sie die Schläger waren, und das Gericht hielt den Beweis für ihre Täterschaft nicht für erbracht und sprach sie frei.

## Lübecker Metallschiedsspruch abgelehnt.

### Lübeck, 15. Januar.

Der vom Schlichtungsausschuß für die Lübecker Metallindustrie gefällte Schiedsspruch mit einer Lohnherabsetzung von 6 Proz. ist von den Funktionären der Metallarbeiter einstimmig abgelehnt worden.

## Rödner-Werke wollen sich begraben lassen.

### Troisdorf, 15. Januar.

Bei den Rannstädterwerken Troisdorf der Rödner-Werke A.-G., die ihre Belegschaft im letzten Jahr bereits um 2 und 1000 Arbeiter abgebaut hat, kommen in dieser Woche wieder 100 Arbeiter zur Entlassung.

In einem neuen Stilllegungsantrag wird außerdem die Genehmigung zur Entlassung von weiteren 150 Arbeitern und Angestellten nachgefragt. Die Firma hat außerdem den Werklohn tarif zum 31. Januar gekündigt.

## Der englische Bergarbeiterstreit.

### Heute Entscheidung über ein Kompromiß.

### London, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Die Aussichten für die Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Südwales haben sich gebessert. Zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist in London unter der Führung der Regierung ein Kompromiß erzielt worden. Für die nächsten zwei Monate soll der 7½-Stundentag ohne Lohnminderung fortbestehen. Dann wird ein Schiedsgericht zusammentreten, das über die Arbeitszeit in den nächsten 12 Monaten eine Entscheidung fällen soll, und zwar unter der Voraussetzung der Beibehaltung der gegenwärtigen Löhne. Die Entscheidung über diesen Vorschlag liegt bei der am Freitag in Cardiff tagenden Konferenz der Bergarbeiter.

**Aufgehobene Sperre.** Wie uns der Zentralverband der Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, bestehen mit dem jehigen Dekonom des Restaurants „Goldenes Kalb“, Herrn Straßburger, Reinkendorfer Ecke Ravené-Strasse keinerlei Differenzen. Die Sperre über diesen Betrieb wurde aufgehoben.

„Das Programm“, das Organ der Internationalen Arbeiterliga, brachte in guter, geschmackvoller Ausstattung und sehr reichem Umfang seine 1500. Nummer heraus. Das bedeutet, daß durch diese Wochenzeitschrift 1500 mal Kampf geführt wurde für die Rechte der Arbeiter, für bessere Lebens- und Wirtschaftsbedingungen des arbeitenden Volkes und für den alle gewerkschaftlich geschulten Menschen befehlenden Gedanken des Zusammenschlusses. Dreißig Jahre hat man gekämpft, um die arbeitenden Menschen in die große Gemeinschaft der arbeitenden Menschen einzufügen. Viel ist erreicht, man hat die Kinderkrankheiten der ersten Kampffahre überwunden, ist durch Krieg und Inflation hindurchgekommen und jetzt steht restlos alle Kräfte daran, um die schwere Wirtschaftskrise zu meistern. Und hält man durch, so wird man sie auch überwinden und vielleicht im 2000. Programmheft einen Rückblick finden auf die heutige, trübe Zeit der Wirtschaftskrise.

Arbeitsamt Süd. SPD-Fraktion: Montag, 19. Januar, 20 Uhr, Lokal Krupp, Blaustr. 76. Die politische Gefahr. Referent Genosse Erich Kuntzer, W. 6. 2.
Arbeitsamt Nord. SPD-Fraktion: Montag, 19. Januar, 16½ Uhr, Sportplatz, Reibensstr. 76, Fraktionsversammlung. Wahl des Vorstands.
Preussisches Statistisches Bureau. SPD-Fraktion: Montag, 19. Januar, 20 Uhr, Dresdener Garten, Dresdenstr. 43, Fraktionsversammlung. Pflicht.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Freitag, um 16½ Uhr, laden die Gruppen: Rothring: Jugendheim, Schöne Sonnenburger Str. 20, Nischenschen: Forum gewerkschaftliche Jugendarbeit? — Hermannplatz: Gruppenheim, Gendarmenstr. 11, Cde. Redaktionsstr. 11. — Tied und Wibel in der Jugendbewegung. — Cde. Gendarmenplatz: Gruppenheim, Gendarmenplatz, 9. vorn part. Bergarbeiter und sozialistischer Arbeiter. — Kappelerplatz: Jugendheim, Turiner Cde. Gendarmenplatz (Gendarmen Turiner Str.). Alfred kommt mit seiner Witwe. — Jugendbewegung: Cde. Gendarmenplatz am Sonntag, 25. Januar, um 15 Uhr: „Wintermärchen“, Schauspiel von Oberleopold. Karten zum Preis von 30 Pf. sind in der Jugendzentrale zu haben.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Cde. Gendarmenplatz: Jugendheim, Schöne Sonnenburger Str. 20, Nischenschen: Forum gewerkschaftliche Jugendarbeit? — Tied und Wibel in der Jugendbewegung. — Cde. Gendarmenplatz: Gruppenheim, Gendarmenplatz, 9. vorn part. Bergarbeiter und sozialistischer Arbeiter. — Kappelerplatz: Jugendheim, Turiner Cde. Gendarmenplatz (Gendarmen Turiner Str.). Alfred kommt mit seiner Witwe. — Jugendbewegung: Cde. Gendarmenplatz am Sonntag, 25. Januar, um 15 Uhr: „Wintermärchen“, Schauspiel von Oberleopold. Karten zum Preis von 30 Pf. sind in der Jugendzentrale zu haben.

George W. Gray:

# 2000 Jahre vor Kolumbus

## Auf neuen Spuren der Maya-Kultur

Vor einigen Wochen stieß eine Gruppe von Archäologen bei ihren Ausgrabungen in den Urwäldern Guatemalas in der Nähe von Lagactun, die bisher als die älteste Stadt auf dem amerikanischen Kontinent galt, auf Steinpflaster, und nach mühevoller Kampfs gegen die dichtwuchernde Urwaldvegetation, der tropischen Hitze und den Gefahren der tropischen Insektenwelt trotzend, auf eine majestätische, steinerne Mauer, Denkmäler jener verschwundenen Kultur, die in höchster Blüte stand, während Europa noch den Jagdgrund nomadischer Barbaren bildete.

Dieses steinerne Pflaster mit seinen Mauern ist der jüngste Fund der Forscher des alten Mayareiches. Niemand weiß, wann dieses gewaltige Reich blühte und wann es verfiel. Einige Historiker nehmen an, daß es etwa tausend Jahre vor Christi Geburt seine höchste Macht erreichte, aber Gewißheit kann nur die Entzifferung jener uralten Maya-Hieroglyphen bringen, die bis jetzt noch niemand vollbracht hat. So kommt es, daß die Welt bei jeder neuen Ausgrabung gespannt aufhorcht, ob diese vielleicht das Rätsel der ersten Einwohner Amerikas zu lösen vermöchte.

Was liegt hinter dieser Steinmauer im Erdreich verborgen? Auf die Beantwortung dieser Frage wird man zumindest noch einige Monate warten müssen; denn die Forscher mußten bereits im August der einbrechenden Regenperiode weichen. Erst jetzt im Januar wird wieder neue Arbeit möglich sein.

Fünfzehn Jahre lang ist nun das Carnegie-Institut am Werke, Baudenkmäler auszugraben, zu restaurieren, Kopien der Zeichnungen, Reliefs und Inschriften, mit denen diese Bauten verziert sind, anzufertigen und das Geheimnis, das die Hieroglyphen bergen, zu enträtseln. Mehr als 250.000 Dollar sind für diesen Zweck bereits verausgabt worden. Aber auch zahlreiche andere wissenschaftliche Vereinigungen und Forscher haben sich der gleichen Aufgabe gewidmet. Nie zuvor herrschte solch lebhaftes Interesse für das Problem des Mayareiches, nie zuvor haben sich so tatkräftige und wohlorganisierte wissenschaftliche Vereinigungen in den Dienst seiner Erforschung gestellt.

### Das Geheimnis der Maya-Hieroglyphen.

„Das wichtigste aller Probleme“, sagt Dr. H. B. Kidder, der Direktor der archäologischen Abteilung des Carnegie-Instituts, „ist die Entzifferung der Mayaschrift. Könnten wir sie lesen, wären mit einem Schlage die meisten Fragen über die uralte Mayakultur beantwortet. Und nicht wenige Fragen harren der Beantwortung. Wo ist der Ursprung dieses allen anderen Völkern so weit überlegenen Stammes? Welches Regierungssystem hatten sie? Wie war ihre Gesellschaftsordnung und welches ihre Religion? Auf welche Weise gelangten sie zu solcher Bemeisterung der Mathematik, der Astronomie und der Ingenieurwissenschaften?“

Wie kann das Rätsel gelöst werden, daß die ganze Staatsbevölkerung etwa vor 1100 Jahren ihr Gebiet verließ? Bis dahin bewohnten die Mayas Honduras, Guatemala und Chiapas, wo sie gewaltige Steinpyramiden bauten, gefüllt von prächtigen Tempeln und sich in deren Umkreis in vornehmen Städten ansiedelten. In dieser Frühperiode wurde Tikal, eine Stadt von etwa 500.000 Einwohnern erbaut. Und diese Frühperiode — nannten die Archäologen das „alte Reich“ — muß bereits viele Jahrhunderte vor Christi Geburt geblüht haben. Wärsch, etwa 800 vor Christi Geburt wurde das Staatsgebiet menschenleer. All die herrlichen Bauten und Städte, die in hundertjährigen Mühen dem Urwald abgeräumt worden sein mußten, wurden im Stiche gelassen, und, so wie Lot aus Sodom floh, so wanderte das Volk der Mayas aus ihrem Staats durch höhere Wälder nordwärts nach Yucatan. Dort rodeten sie neuerdings den Urwald, säen und ernteten von neuem, bauten neue Städte — wie Sigma, Uxmal, Chichén Itzá — errichteten neue gewaltige Pyramiden, prunkvolle Tempel und Klöster und erreichten eine neue Blütezeit, welche bis zur Ankunft der spanischen Eroberer andauerte und von den Historikern als Neues Reich bezeichnet wird.

Die Geschichte dieser gewaltigen Wanderung, ihre Ursachen und ihre Ziele, ist aller Wahrscheinlichkeit nach in den Gedenkbüchern der Mayapriester aufgezeichnet, von denen unglücklicherweise die meisten vernichtet wurden. Leider haben wir auch keine Aussicht, einen so einfachen Schlüssel zur Entzifferung der Maya-Hieroglyphen zu finden, wie der französische Forscher Champollion hinsichtlich der ägyptischen Hieroglyphen, der den Stein von Rosette zur Verfügung hatte, welcher denselben Text in Hieroglyphen, demotischer und griechischer Schrift enthielt. „Wir sammelten alle Bücher der Eingeborenen, die wir finden konnten“, schreibt ein frommer spanischer Autor, der Cortez nach Mexiko begleitete, „und verbrannten sie, während das Volk weinte und klagte.“ Durch einen glücklichen Zufall entgingen drei Mayabücher dem Vernichtungswort. Aber alles, was wir mit Sicherheit entziffern können, sind einige Daten und Zahlen.

Die Kenntnis des Mayakalenders verdanken wir dem Erzbischof Vanda, der im 16. Jahrhundert seine Beobachtungen in Mexiko niederschrieb. Seine Handschrift war dreihundert Jahre verschollen und bildet nun unseren einzigen Führer in die Geheimnisse der Mayabücher. Hätte er doch seinen Ratzen einen Entzifferungsschlüssel für die Hieroglyphen beigelegt! Aber leider beschränkte er sich darauf, ein Verzeichnis der Tage, Monate und Zahlenzeichen der Mayas niederzuschreiben.

Dieses Verzeichnis nun hat die Archäologen insandt gesetzt, den Kalender der Mayas zu rekonstruieren. Sie hatten ein Kalenderjahr von 365 Tagen, das in achtzehn Monate zu zwanzig Tagen und in einen kurzen Monat zu fünf Tagen eingeteilt war. Ihre Zeitrechnung beginnt mit dem „Ursprung der Zeit“. Wann war nun dieser „Ursprung der Zeit“?

### Kalender und Sonnenfinsternis.

Die Vergleichung der Mayazeitrechnung mit der christlichen Zeitrechnung ist eines der schwierigsten Probleme der Archäologie. Jüngst hat ein New-Porter Ingenieur, Dr. John E. Teeple, einen interessanten Lösungsvorschlag unternommen, an dem er nicht weniger als sechs Jahre arbeitete. Zu diesem Zwecke unternahm er es, gewisse Mayaschriftzeichen zu interpretieren. So fand er ein Schriftzeichen, das sich ihm als Symbol für eine Sonnenfinsternis darbot. Dieses Schriftzeichen befindet sich auf einer Pfeilersäule und stellt die Sonne dar, die in einem Hause verschwindet. Neben diesem Schriftzeichen ist ein Datum eingraviert, das nach Erzbischof Vandas Aufzeichnungen: 9.17.19—13—16, 5 Cib 14 Chen zu lesen ist und, aus dem Kalenderystem der Mayas in unsere Zeitrechnung übertragen 3903 Jahre „seit dem Ursprung der Zeit“ bedeutet. Dieses Datum verglich nun Dr. Teeple mit der von dem kalifornischen Gelehrten, Professor Goodman, aufgestellten Berechnung und er fand, daß das Datum „5 Cib 14 Chen“ auf den 16. Juli 790 nach Christi Geburt fallen müsse. Er benötigte nun auch die Ergebnisse der modernen astronomischen Forschung und

tatsächlich stellte sich heraus, daß an dem besagten Tage für Yucatan vollkommene Sonnenfinsternis herrschte.

Dr. E. Teeple hat seine Forschungsergebnisse in dem in der wissenschaftlichen Welt aufsehenerregenden Buche „Die Astronomie der Mayas“ niedergelegt, das vor kurzem im Verlage des Carnegie-Institutes in Washington erschienen ist.

### Wolkenkratzerbau vor zweitausend Jahren.

Das älteste Gotteshaus auf dem amerikanischen Kontinent ist wahrscheinlich der Tempel von Lagactun, der in Guatemala ausgegraben wurde und, nach den Datums-Hieroglyphen zu schließen, aus dem ersten Jahrhundert vor Christi Geburt stammt. Aber unterhalb dieses Tempels dürften sich wohl noch andere Baudenkmäler der Mayas befinden. Denn die Mayas pflegten auf vorhandene Gebäude weitere Gebäude zu errichten. „Sie trieben

Jakob

## Haringer: Da dich ein Lieb wieder verlassen

I.  
Mit dem Menschenjoch ist's wie mit den Landschaften: ob feins, unfruchtbar, und doch dann wieder Wiesen am Wald, Hügel voll Blumen.

Wir können freilich nichts erzwingen, aber wir sollten doch öfter daran denken, daß wir eine Seele haben.

Alle Sommer weilen in einer Sekunde, alle Hoffnung brennt ein kleiner Stern uns wieder.

Das Leben bringt uns auseinander, so hat wohl keines Schuld daran.

Ach, wieder allein, so ganz allein hoffst du im Café. Die Musik spielt seinen liebsten Tango. Ach ja, wieder allein! So geht's dir immer dein ganzes Leben lang.

Du denkst an all die hoffenden Herzen, die zur Stunde vergebens auf die geliebte Frau warten.

Und doch — immer haben's die anderen besser. Jeder bildet sich ein, er leidet mehr als die andern.

Was ist Ruhm, Gold, Weisheit — nichts gegen ein bißchen Glück. Einsam wanderst du heim. Es sind keine Sterne da! Von allen besseren Leuten, von jedem Herz bist du verlassen!

Das ist so, ja es geht allen so. Dent, als sie noch da war, warst du, war dein Ich immer da, du hast dich verklümpert, verloren an der Liebe Kleinigkeiten und ihren Schleichwegen.

Nun erst bist du wieder du selber!

Wenn sie einsieht, daß sie schlecht, jauch, irr an dir gehandelt, so ist's gut, und die kommt ja wieder, da sie weiß, was du wert bist. Und laß sie laufen, wenn sie deiner Liebe, Treue noch spottet.

Wer weiß, ob es nicht eines einzigen Guten, allen, lieben Wortes bedarf, eines mütterlichen Blicks, und alles wäre wieder gut.

Es gibt Dinge, die muß man tatsächlich zart anfassen, sonst zerbrechen sie. Bedeut dies vor allem bei Menschen.

Das Leben ist härter als wir.

Und das Letzte, was einem das Alter, die Einsamkeit laßt: gütig zu sein.

Schließlich gibt es kein Glück, es gibt nur Unglück oder feins ... vielleicht noch Frieden.

Und von den Menschen allen bleibt nur ihr Name allein.

So, das Herz möchte weinen. Was hilft's? Das Leben ist so, dein Leben!

Auf einmal ist's halb vier Uhr früh. Die Hähne krähen. Vögel spalteln verrückt.

Die ersten dunklen Farben des Tages. Und der Duft der Gärten, der erste Sonnenstrahl ... o, dies alles, alles der schönsten, liebsten Frau zeigen dürfen.

Ach, allein freut's mich nicht!

Wenn du heut auch wieder lästst, ich strich dir feine übers Haar, küßte deine weiße Stirn, die doch einmal still und kindlich war, und aus der die böse Welt oft die letzte Güte nahm.

O komm, alle kleinen Kneipen warten auf dich, im Kino lächelt Chaplin, im Theater spielen sie die „Fledermaus“, ich habe dich so sehr, sehr lieb, liebes, feines, armes Kind.

Das Leben ist so kurz, keine Worte wollen wir mehr machen!

O, ich dummes Kind werde immer für dich da sein, wenn ich auch weiß, daß du nur enttäuschst. Ich gebe mich keinen Hoffnungen hin, um so schöner, wenn mich endlich wieder ein wahres, kostbares Menschenherz beglückt.

Daß dein Herz nicht von Vernunft erstickt!

Das Höchste aus Erden ist, ein Menschenherz zu haben — ich glaub, ich hatte eins.

Jeder, wir alle können so ein kleines bißchen den lieben Gott spielen, der alles verzeiht und der bestimmt irgendwo sein wird und uns keine Güte vergißt.

Er muß ja uns Menschen doch auch alles sein!

O wieder die edle Vergebung zweier Menschenherzen feiern können. Wer die Hölle des Lebens kennt, verzeiht alles, denn Sünder sind wir alle.

Ach nein! Kein gütiges Verstehen kommt über dich! Dir sind ja nur Progen mit dicken Taschen etwas, die sind nur Dinge etwas, die, ach, so vergänglich und flüchtig, du denkst nur an heut und an morgen, und daß du trotz allem eine Seele hast — vielleicht ist die auch schon tot!

Wenn dir nichts mehr lieb, so Eitelkeit, Trost, Dummheit!

Du hast vergessen, daß es auch noch andere Dinge gibt, daß du ein spielendes Kind warst.

Vielleicht weißt du einmal, was ein Menschenherz wert ist!

O, daß immer, immer gerade die Menschen betrogen müssen, für die wir durchs Feuer gehen. Und durch Zufall erfahren wir oft mehr über ein Geliebtes als durch zwanzig Jahre Beisammensein.

Ja, du würdest dein Unglück gern, denn du bist überjätt davon, gegen ein bißchen Freude eintauschen.

Aber immer bist du von Verrat, Falschheit umgeben. Und die Menschen sind recht kleinlich und mißtraulich in ihrem Herzen — eigentlich kann man's ihnen nicht verüben, da viel Gemeinheit und Reid auf der Welt herrscht, unglücklich verbunden mit Dummheit, bei der sich so ziemlich alle, die über dem Durchschnitt stehen, den Schädern eintrennen.

So wünscht man den Spielenden, Lauen, Weichen, daß sie selber einmal verlasten, müd und arm würden und leiden, erdulden müßten, damit sie überhaupt erst erkennen, was arm, enttäuscht sein heißt, was leiden bedeutet, und was das ist, wenn einem die Seele zerbröckelt oder ein gekletter, guter Mensch unter Rohlingen verbrennt.

es schlimmer als heute die Wollentragerbauer in New York“, sagt Dr. Kidder. „Denn bald, nachdem sie eine ihrer herrlichen Bauten vollendet hatten, setzten sie sich in den Kopf, an seiner Statt einen noch viel schöneren Bau zu errichten. So brachen sie aus dem alten Bau die wertvolleren Bestandteile aus, überbedeckten ihn mit Erdbreich und führten ein neues Bauwerk oberhalb des alten auf.“

### Arbeit für Generationen von Archäologen.

Für den Historiker am ausschlagreichsten sind wohl die Daten, die man auf einigen der jüngst ausgegrabenen Monumente eingraviert fand. Sie beweisen zweifellos, daß die große Mayastadt Uxmal bereits im Jahre 500 nach Christi dichtbevölkert war und ein Zentrum der Religion, Wissenschaft und Kunst des Neuen Reiches bildete, während man bis dahin der Ansicht war, daß die Städte des nördlichen Mayareiches erst im Jahre 1000 nach Christi Geburt gegründet worden sind.

Aber noch lange nicht sind die Schleier gehoben, die die Geschichte der amerikanischen Urbevölkerung verhüllen, und die Arbeit, die auf diesen Stätten, wo einst der gewaltige Kulturstaat der Maya blühte und unterging, zu leisten ist, wird wohl noch Generationen von Archäologen beschäftigen, bevor wir von der Geschichte des Mayavolkes auch nur annähernd soviel wissen wie von der Geschichte anderer Völker, denen die Mayas in sozialer, wissenschaftlicher und künstlerischer Beziehung weit überlegen waren. (Einsie berechtigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Ros Kortz.)

O du himmlischer Christbaum! Ach, ihr schönen Sterne! Wer hat dies gemacht! Und es fällt einer, und du bist traurig und schiltst dich Komödiant. Du wünschst dir Glück, und horst, ob dort hinter den Bergen noch einmal einer sinkt. Ach nein ...

Auf der Landstraße glaubst du Geld zu finden. Aber es ist bloß eine alte Rechnung.

Und morgen, ach morgen, ja rennst du wieder vergebens zweimal stundenweit zur Post. Niemand denkt an dich!

Nachts richtest du das Bett her, als sel sie noch da und läme spät nach Hause ... nach Hause ... heim in dein armes Herz!

Dabei zerbrichst du immer mehr in diese gräßliche Einsamkeit hinein. Du könntest heulen, daß man dich so elend krepierten läßt. Ach, kein Hund ist da!

Ueberall hängt dein Herz in tausend Fetzen, ob du weinst oder lächst.

Man glaubt, man hat ein kleines Glück, aber man hat keins. Sie lügen alle wie die kleinen Kinder, aber nur du bist das dumme Kind und glaubst ihnen immer wieder. Ja, je mehr sie dich betrügen, um so vertrauensvoller wirst du, du müßt dich doch längst daran gewöhnt haben. Es ist schon bald mal so!

Verlorene Liebe! Ja ... ohne Grund, das ist immer der wichtigste Grund! Tja, war das Kerlein nur ausgelächelt und nicht verbrannt!

Du bist so ganz allein auf der Welt. Keine Freuden hast du mehr! Wärst du ein Bürger, für den heut Sonntag ist. Ach, du gehörst nicht unter Leute, und das Schönste wäre schon, sterben. Man hat doch nichts auf dieser Welt.

Ich verstehe die Menschen nicht mehr, und ich — habe sie wirklich lang, lang verstanden.

Wir leben ohne alles, das Berichtigte!

Bohne führt dieses. Nichts noch? Auf der Erde ist nur das Unglück vollkommen!

O, deine bitteren Tränen, da man dich alle Feiertage so einsam läßt. Man sehnt sich nach allem zurück, was man verloren!

Du Sonntag meines Lebens, wo bist du ...

Die Rebel des Brauens spinnen mein Herz ein. Wohl der Einsamkeit nütziger Speisepfennig, in tausend Winkeln des Herzens lagernd.

Möglichst dann gibt dir ein Klang Chopin wieder Hoffnung und tröstet. So ein Klang ward vielleicht in einer alten Postkutsche aus lauter Heimweh gemacht ... und dann beginnt's leis zu schneien über die fahlen Felder des Herzens — — —

### III.

Draußen rinnt und klopft der Regen. Du stehst starr vorm Schreibtisch. Denkst an die letzten mondgelangen Eindrücke.

Dein Mädchen packt nebenan ihr Kösserchen. Daß sie! Wieder mal ein Ende ... nicht das letzte!

Warum müssen wir Menschen denn immer es erst dann einsehen, wenn's zu spät ist. Gut! Ich's noch jetzt ein! Wer weiß, warum dir Gott dies verjagt. Vielleicht hat er viel was Schöneres, Besseres für dich! Wer weiß, was er vor hat. Dieser Wege bedarf es oft um eines einzigen Menschen willen.

Dich freilich trösten die großen Dichter und Weisen, sie sagen dir von diesem bißchen Leben — aber, und das sollst du stets verstehen — andere gewöhnliche und auch ungewöhnliche Menschen haben eben schlechte, gemeine Berater und falsche Freunde. Hasten sie gute gehabt, so wäre alles anders.

Auch die Bäume müssen wie die Menschen oft gestürzt werden. Sanfteste, unschuldigste Menschen begehen oft die abscheulichsten Handlungen. Aber die Wahrheit erzwingt sich vernünftigen und edlen Seelen stets ihren Weg, und über einen Sünder, der Buße tut, ist im Himmel mehr Freude als über tausend Gerechte!

Warum vergessen wir alle das schönste Wort Christi: Kindsein, liebet einander!

Berzage nicht, sei unarmt, Bruder im Leid, im steinernen Nichtdasein und unterm Sternenzelt!

Bitte! Sei gut zu dir, du hast mich, das ist zwar nicht viel. Aber es sind doch unzählig viele da!

Und Gott ist ja auch da, glaub nur an ihn! Wenn du glaubst, ist er da und hilft dir und mir und uns allen!

Vielleicht machst du es auch so wie mein glücklicher Freund Martin, der stets den Spruch: Unglück in der Liebe, Glück im Spiel ... oder umgekehrt so beherzig und praktisch verwendet, daß er zuletzt in jedem Unglück nur Mittel zum Zweck, glücklich zu werden, sah.

Kopf hoch, Kamerad! Wie kannst du so verzagt sein, es kommt auch wieder anders; wer weiß, was das Schicksal noch mit dir will, daß du es bald droh preist.

Ja, ich weiß, alles zerbrach dir, nichts hast du heut mehr. Vielleicht noch ein bißchen dunkle Zeit.

Mit der, Kamerad, fang wieder an, wie die Spinne, der zum hundertsten Male das Netz zerriß, wie der Vogel, dem Boshheit das Nest zerstört — o wieviel Gefangene, die wieder entflohen, wieviel Kranke, die gesundet!

Aber alle Birtlichkeit entstand aus Pünen.

Wie oft schon hätte ich mich da aus dem Weg räumen sollen. Glaub an dich, glaub an mich, glaub an Leben!

Wer den Eitelkeiten, Frauen, Träumen, dem Glück, der Welt entgeht — der steht am Gipfel und blickt lächelnd ins Tal der Vergleiden, des Kummers, des Verzichtenmüßens, und zu dem kommt alles von selber.

Er hat nur mehr die Sterne über sich ...

